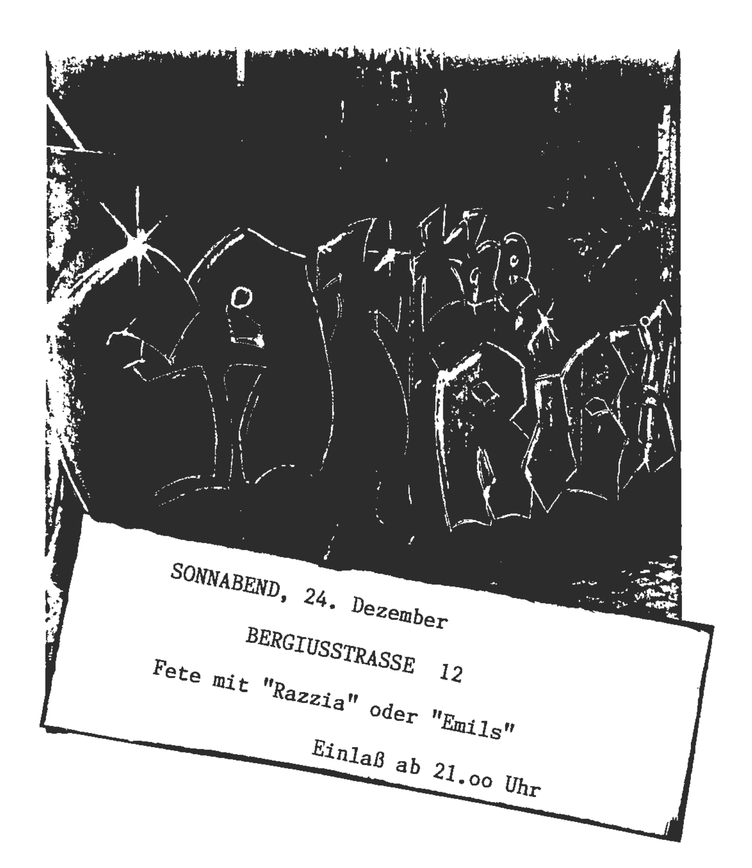

SCHANZEN NEUES LEBEN
ISOLATIONSHAFT IST FOLTER
IN FASCHISTISCHER KONTINUITÄT
UNTERSTÜTZEN auch SIE eine revolutionäre Vereinigung
X-UNGELÖST
Y-UNGELÖST
KEIN 129/a-VERFAHREN
WIRD UNSERE STIMME
ÜBERTÖNEN!
DEZ-88
DM 2

TERMINE



Programm Dezember '88

Montag,	05.12.88,	20.30 Uhr	"Berliner Luft in Hamburg"
Montag,	12.12.88,	20,30 Uhr	Kabarettprogramm mit Lilo Katzke, Marel Philipps, Micael Milde und Joe Luga
Donnerstag,	08.12.88,	20.00 Uhr	Literaturhaus e.V. im Café im Buch Wolfgang Hegewald (DDR) liest aus seiner Erzählung "Verabredet in Rom"
Samstag,	10.12.88,	21.00 Uhr	Romy Cameron Band Rhythm' Jazz at its best
Samstag,	17.12.88,	16.00 Uhr	Cavocado Bossa Nova und Jazz
Montag,	19.12.88,	20.30 Uhr	Lugas lose Seiten Joe Luga und Thommy Odemanns Weihnachtsgrüße
Samstag,	24.12.88,	21.00 Uhr	Heiligabendprogramm besinnlich aber bissig "Schöne Bescherung" mit Gunda u. Bernhard Weber u. Riego Berodt an der Gitarre. Im Weihnachtspaket doppelt verschnürt: Vom Tango bis Gospel von Klassik bis Weihnachtsliedern von Brecht bis Tucholsky
Samstag,	31.12.88,	20.00 Uhr	Silvesterprogramm "Mal sehen, was los geht !!!"

CAFÉ IM BUCH
Beim Grünen Jäger 21
2000 Hamburg 6
tel. 430 26 36

Impressum:

Das NEUE SCHANZENLEBEN erscheint möglichst monatlich im Selbstverlag und unter Zeit- und Eigendruck; Herausgeber ist das Redaktionskollektief des NEUEN SCHANZENLEBENS.

Verantwortliche Redaktörin im Sinne des Pressegesetzes ist die Rote Flotte. Für Beiträge, die mit vollen Namen gekennzeichnet sind, übernimmt die Autorin/der Autor selbst die Verantwortung.

WICHTIG: Für eingesandte Manuskripte und Fotos sind wir zwar sehr dankbar, können aber keine Gewähr übernehmen (mögl. Rückporto beilegen).
Kontakt, Anregungen, konstruktive Kritik, Lob, Geld- und Sachspenden usw. bitte an:
Die Druckerei
Schanzenstraße 59, 32ooo Hamburg 6

Unsachliche Beschwerden, Reklamationen, Einstweilige Verfügungen, Schadensersatzklagen und § 129a-Angelegenheiten bitte direkt an: Axel Springer Verlag 2ooo Hamburg 36

DUCKENFELD

IM OELKERSCAFE
Oelkersallee 64 · 2000 Hamburg 50

zeigt im **DEZEMBER** Neunzehnhundertachtundachtzig

Duckinfields Christmas - Special:

SA., 17. 12. 21.00 Uhr
SO., 18. 12. 21.00 Uhr
MO., 19. 12. 21.00 Uhr

MONTY PYTHON'S - DAS LEBEN DES BRIAN, GB 1979, Regie: Terry Jones, Farbe, 94 Min.
Die Katholiken schreiben: "Ein zur Zeit Christi in Palästina als Nachbar Jesu geborener Bastard wird von einer wilden Anhängerschar zum Märtyrer gemacht....IN MANCHEN SZENEN, WOHL NICHT NUR FÜR CHRISTLICHES EMPFINDEN, SEHR BEFREMDLICH."

Den Rest des Monats haben wir frei, juchhei!
Rainer ist schon wieder verreist

DUCKENFELD zeig im Januar 1989

Samstag, 7.1. 21.oo Sonntag, 8.1. 17.oo Sonntag, 8.1. 21.oo Montag, 9.1. 21.oo	KRABAT oder: DER ZAUBERLEHRLING Regie: Karel Zemann, nach einem Buch von Otfried Preußler CSSR 1977, ab 6 JaHRE
Samstag, 14.1. 21.oo Sonntag, 15.1. 21.oo Montag. 16.1. 21.oo	CHAPLIN: PAY DAY, SHOULDER, ARMS, THE PILGRIM Stummfilmprogramm
Samstag, 21.1. 21.oo Sonntag, 22.1. 21.oo Montag, 23.1. 21.oo	JEREMIAH JOHNSON Regie: Sidney Pollack USA 1971, mit Robert Redford, Will Geer Stephan Gierasch 1o8 Min. Farbe
Samstag, 28.1. 21.oo Sonntag, 29.1. 21.oo Montag, 3o.1. 21.oo	JAHR 2o22 - DIE ÜBERLEBEN WOLLEN (SOYLENT GREEN) Regie: Richard Fleischer USA 1973 Science Fiction Film über das Leben auf einer übervölkerten Erde, auf der das Ernährungsproblem auf besonders zynische Weise gelöst wird. In New York kämpfen 4o Mio. Menschen ums nackte Dasein. Ein paar Schieber und einige Privilegierte wissen noch, was Fleisch und Brot ist. Der Rest der Bevölkerung ernährt sich von öffentlich verteilten oblaten ähnlichen Nahrungsmitteln, die angeblich aus Algen gewonnen werden.

VORANKÜNDIGUNG

Freitag, 3.2. 21.oo
Samstag, 4.2. 21.oo
Sonntag, 5.2. 21.oo
Montag, 6.2. 21.oo
MISSISSIPPI
USA 1934

Die Schwemme - Brigittenstraße 5

Öffnungszeiten:

Mo ca 20.30 Uhr Ladenplenum
Di ab 19 Uhr Kiezküche und Kneipe
Mi ab 20 Uhr Offenes Plenum: "Sexualität und Herrschaft"
Do ab 19 Uhr Kiezküche und Kneipe
Fr ab 20 Uhr Cafe und Kneipe
1. Sa im Monat Frauendisco
3. Sa im Monat Ditschko
So B - Movie - Anfangszeiten siehe Programm

Der Prozeß
gegen den Lehrer Fritz Storim vor dem OLG HH

chronik der ereignisse

Sa,26.11.88,10:30
ein großer bullenkonvoi belagert die Flora. keiner weiß warum, bis es 12 wird.anlaß sind 2 qm infotisch in der susannenstrasse,wo über den gesinnungsparagraphen 129a informiert wird.das fängt ja gut an.

SO,27.11.88,18:00
der initiativkreis für den erhalt der hafenstrasse lädt in die markthalle und alle kommen.zentrales thema : zusammenlegung aller politischen gefangenen zur breit getragenen forderung machen.die veranstaltung knüpft damit an die anzeige zur zusammenlegung in der taz an (welche den raum haßjammervoll oder so vorfand).weiterhin ging es um die individuellen haftbedingungen der gefangenen; barbara ernst und volker straub schilderten ihre erfahrungen.angenehm kam rüber,daß die abstraktheit des 25 punkte programms (verschärfte haftbedingungen) anschaulich gemacht werden konnte. was bedeutet es konkret, zehn jahre lang keine frischluft zu atmen, keine blume zu sehen ?

in sieben jahren kein blick auf das,was wir draußen in sieben minuten,in sieben sekunden sehen können.- der tag jeden tag als angriff,ob du noch lebst.
christian geissler, kamalatta

es ging dann noch um den 129a und den bevorstehenden prozeß gegen fritz, zu dem alle gehen sollten.

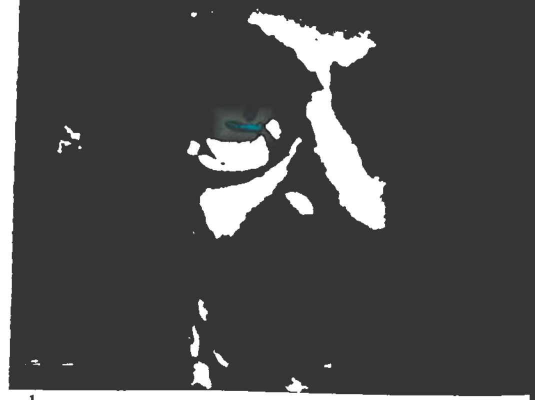


MO,28.11.88, 8:30
U-bahn feldstrasse treffen sich alle prozeßbesucher und demonstrieren anschließend zum strafjustizgebäude. an allen strategischen punkten bullen, soweit das auge reicht. am gericht kein durchkommen. die demo geht nochmal den anderen weg und blockiert den karl muck platz. es kommt zu provokationen,ein zivisixpack fährt christoph um,der am rand ein transparent hält. derweil möchte das gericht gerne beginnen,doch der angeklagte fehlt.der verteidiger rügt den belagerungszustand und weist darauf hin, daß sein mandant gern kommen würde, wenn bulle draußen ihn ließe. das gericht erklärt, außerhalb des gebäudes hätte die innenbehörde das sagen und bestätigt damit den ausnahmezustand. es erläßt haftbefehl gegen den draußen wartenden angeklagten,obwohl die vorführung ausgereicht hätte.
nach einem weiteren schlagstockeinsatz vor dem gericht ziehen sich die rund 2oo demonstranten in die gnadenkirche zurück, die der pfarrer zur verfügung gestellt hatte. die bullen wollen wegen der anwesenden presse lieber nicht die kirche stürmen.
das gericht hat sich derweil auf 13 uhr vertagt, weil neben dem angeklagten auch die öffentlichkeit jetzt nicht mehr da ist.
13:00
fritz geht endlich doch rein, ebenso die höchstzahl an zuschauern, ganze 35 personen. das gericht zögert die aufhebung des haftbefehls bis zum ende der sitzung hinaus, die öffentlichkeit ist unruhig.
20:00
treffen in der brigittenstrasse, auswertung und diskussion der weiteren vorgehensweise.

MI,30.11.88, 8:30
same procedure as monday. weniger leute am treffpunkt u-bahn feldstrasse,aber gute stimmung. demo zum gericht mit revolutionärem liedgut auf den durchfrorenen lippen (rotes st.pauli). fritz geht rein,wir auch.verteidiger peter thode rügt die tatsache, daß den besuchern alle sachen abgenommen werden, wenn sie den staatsschutzeingang betreten. daraufhin unsicherheit des gerichts, wer für diese maßnahmen verantwortlich ist. der vorsitzende, der davon überhaupt erst jetzt erfährt, meint zur rechtfertigung, auch mit einem kugelschreiber könne mensch zustechen. begeisterte versuche aus dem publikum scheitern jedoch unverhofft an der trennscheibe des staatsschutzsaals. nach langer pause dann die entscheidung, daß nunmehr bleistifte zugelassen würden. empörung einer journalistin, die nur einen kuli bei sich hat, führt zum wortgefecht und dann zur räumung des saals und festnahme von zwei personen. erst jetzt ergeht der räumungsbeschluß, das gericht vertagt sich auf 13 uhr. die zuschauer gehen in die gnadenkirche und eine der festgenommenen kommt wieder frei, nach personalienfeststellung und androhung einer anzeige wegen körperverletzung.
13 uhr
der zweite festgenommene wird dem gericht vorgeführt und erhält zwei tage ordnungshaft. auf dem weg zur zelle wird er von den bullen schwer mißhandelt. das gericht schließt die öffentlichkeit vorläufig aus,der staatsanwalt darf endlich in ruhe was sagen. die prozeßerklärung von fritz wird nicht im prozeß, aber schon mal in der gnadenkirche verlesen. danach wird

Der Prozeß gegen den Lehrer Fritz Storim

überlegt, wie die zeit des ausgeschlossenseins sinnvoll zu verbringen ist.
16 uhr
35 personen betreten überraschend den plenarsaal der bürgerschaft und entrollen transparente, auf denen die zusammenlegung aller politischen gefangenen gefordert und auf den prozeß hingewiesen wird. später kommt es in den fraktionsräumen der gal zu konfrontationen mit den bullen, die jedoch in allgemeiner heiterkeit im taxi enden, wobei im rathaus ein büschel abgeschnittener haare zurückbleibt.

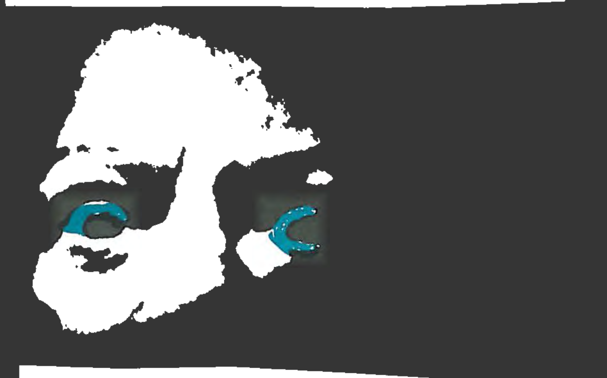


2o uhr
plenum in der b5, postkarten für christoph in den knast. entscheidung, trotz ausschluß am nächsten tag fritz sicher zum gericht zu bringen.wieder ist es rappelvoll und das essen sehr gut.



DO,1.12.88,9:00
U-bahn feldstraße wie gehabt. fritz wird bis zum eingang gebracht und weil es so kalt ist, gehen gleich viele mit rein, werden aber von den bullen in der eingangshalle nicht weitergelassen und blokkieren so wirkungsvoll den eingang. danach treffen in der kirche, verabredung von stadtteilaktionen.

16 uhr
demo von der uni zur innenstadt mit den türkischen genossinnen wegen des hungerstreiks für bessere haftbedingungen der türkischen gefangenen. der internationale zusammenhang der kämpfe für die politischen gefangenen zeigt sich in praktischer solidarität.
19:30 uhr
im hamburger museum für kunst und gewerbe wird christian geissler für sein buch "kamalatta" über raf und widerstand geehrt. auch hier wieder leute, die auf die haftbedingungen und 129a in hamburg hinweisen.



2o uhr
plenum in der brigittenstrasse. zur prozeßfortsetzung am dienstag der kommenden woche wird trotz ausschluß der öffentlichkeit mobilisiert, um 9 uhr am u-bahnhof feldstrasse zu sein. darüberhinaus soll um 15:30 uhr eine demo von der gnadenkirche in die innenstadt stattfinden, an der sich auch leute beteiligen können,die tagsüber arbeiten müssen.

FR,2.12.88, 13 uhr
christoph kommt endlich wieder frei und läßt sich seine mißhandlungen ärztlich attestieren.



SA,3.12.88, mittags
auf dem spritzenplatz treffen sich ca.1oo leute zu einer kundgebung mit anschließender demo. das ottenser plenum bekundet seine solidarität mit fritz und wertet den schauprozeß als angriff auf die initiativen in den stadtteilen. zum ersten mal kommen die bullen nicht.

SO, 4.12.88.
der dkp-parteitag verabschiedet eine resolution gegen den gesinnungsparagraphen 129a und schickt sie an das gericht, daß fritz verurteilen soll.

DI, 6.12.88, 9 uhr, nikolaus
u-bahn feldstrasse, demo zum gericht, einige leute gehen wieder mit rein ins gebäude. draußen rückt die feuerwehr an, weil ein bulle in der aufregung seinen wagen irgendwo gegen gesetzt hat. nach ner weile rufe von drinnen und die aufforderung der bullen, das gebäude zu verlassen.

als das nicht schnell genug geht, erfolgt ein schlagstockeinsatz, wobei ein stöckchen verloren geht. plötzlich die nachricht, vor der gnadenkirche sei einer mit transparent abgegriffen worden. als wir hinkommen, wollen die bullen ihn gerade verladen und abfahren. viele von uns stehen um den bulli herum, als der unmittelbar mit vollgas anfährt und im zick-zack durch die leute prescht. zwei von uns können sich gerade noch mit einem sprung zur seite davor retten, überfahren zu werden. gleichzeitig prügeln die anderen bullen wild drauf und wir müssen erstmal zur gnadenkirche flüchten, weil sie jetzt auch wieder massiv filmen.



in der kirche wird zuerst dafür gesorgt, daß der abgegriffene stephan eine anwältin bekommt und fritz verteidiger im gericht davon erfahren.
11 uhr
ca. 4o leute finden in der petri-kirche an der mönckebergstrasse zusammen und besetzen sie. aus dem glockenturm, der nach einigen schwierigkeiten doch noch erobert wird, flattert bald ein langes transparent mit"fritz bleibt draußen". von zeit zu zei hört mensch einzelne glockentöne, die ersten passantinnen bleiben stehen. auch vor dem hauptportal wird ein spruchband befestigt und mit megafon über den prozeß informiert. als die bullen schließlich das hauptportal abriegeln, sind längst megafone im glockenturm installiert und die verlesenen erklärungen weithin sehr gut zu verstehen.
später lassen die bullen wenigstens den pastor in seine kirche, der abends im fernsehen feststellt, die besetzerinnen seien "durchaus dialogfähig gewesen, wenngleich er sich in die problematik ihres anliegens erst einlesen müsse". es wird sich darauf geeinigt, die kirche bis 16 uhr zu verlassen. das gelingt auch unbemerkt durch einen nebeneingang, ohne daß die bullen das mitkriegen, die sich eine erkennungsdienstliche behandlung der besetzerinnen erträumt hatten.
"wer von denen wohnt in der hafenstrasse?" ist die frage, die wieder nicht beantwortet werden konnte.



vor dem OLG HH

vor der kirche mischen sich die besetzerinnen unter die über 1oo dazugekommenen demonstranten. weil es so ein spaß ist, wird noch einige male skandiert: "eins, zwei, drei, laßt die leute frei"; dann geht es einmal die mönckebergstrasse rauf und wieder runter.

aufmerksamkeit der medien wär zwar jetzt gegeben, vielen menschen fehlten jedoch die nötigen hintergrundinformationen.
auf die bei einer verbreiterung entstehende gefahr einer spaltung in konsensfähige teilforderungen wurde hingewiesen.

in der lustlos durchgeführten einschließenden begleitung, wie die bullen ihr spalier nennen, passiert ein schwerer unfall. ein bullenschwein guckt nicht nach vorn und überrennt eine 66-jährige frau, die mit einer rißwunde am kopf, gehirnerschütterung und beckenbruch einfach liegengelassen wird. erst passantinnen sorgen für einen krankenwagen.

zurück an der bergstrasse löst sich die demo ziemlich unglücklich auf. die bullen haben einen keil in die menge getrieben und die leute eingekesselt. es ist nur möglich, den kessel einzeln zu verlassen. das hätte leicht übel abgehen können, z.b. wenn es nicht auf der belebten mönckebergstrasse gewesen wäre.

im prozeß wird an diesem tag damit begonnen, die unterstützerkette des 129a zu konstruieren, die über verschiedene umwege fritz mit der raf in verbindung bringen soll. in dem nach den worten des großen vorsitzenden, richter bürrig, "geisterverfahren" werden textstellen aus dem sabot verlesen, die später mit angeblichen texten der raf wie dem "zusammen kämpfen" verglichen werden sollen. dieser zusammenhang ist wichtig, weil das gericht fritz keine direkte unterstützungshandlung vorwerfen kann und es insofern versuchen muß, ihm mit der beteiligung am sabot zu unterstellen, daß er so denkt wie die per definitionem als raf-texte etikettierten beiträge es dokumentieren.
daß es sich dabei um gesinnungsjustiz handelt, wird am dienstag nachmittag auch der gew kar, deren landesvorstand beschließt, prozeßbeobachterinnen zum prozeß zu schikken, die dann in der gew-zeitung "authentisch berichten" sollen, was am nächsten morgen jedoch vom gericht abgelehnt wird. das wäre das letzte, was ein sondergericht gebrauchen kann.
2o uhr 3o
plenum in der b5. stephan erzählt, daß die bullen ihn mit dem transparent gefilmt hatten und wohl auch deshalb abgegriffen haben. im amok-fahrenden sixpack sei der fahrer von den anderen gedrängt worden, auf die umstehenden leute "draufzuhalten". er wurde geschlagen und auf die wache abc-straße gebracht, wo er um 13 uhr wieder raus durfte.
dann wird die aktion in der petrikirche diskutiert und sehr positiv eingeschätzt, auch weil presse und tv ausführlich berichteten. als nächstes sei aber wichtig, viele gruppen in anderen stadtteilen anzusprechen, daß sie sich mit dem 129a-prozeß beschäftgen sollen, um ein breiteres widerstandsbündnis zu erreichen. die

MI, 7.12.88, 9 uhr
u-bahn feldstrasse, fritz wird ins gericht gebracht, beim rausgehen gibt es ärger, weil eine frau ihr gas nicht zurückbekommen soll. daraufhin die übliche eskalation der bullen, die auch noch versuchen, eine andere frau festzunehmen, die aber von der menge geschützt wird. schließlich kriegt frau ihre sachen doch zurück. gleichzeitig pöbelt die bullenhorde auch gegen den taz-fotographen, weil er als letzter presservertreter immer noch versucht, die schweinereien der bullen zu dokumentieren. fragen nach dienstnummern der schläger werden in bewährter sa/ss-tradition nicht beantwortet.
in der gnadenkirche wird die beschlossene verstärkte öffentlichkeitsarbeit gemacht; das klappern einer schreibmaschine klingt ungewohnt in einer kirche.
währenddessen geht es im gericht um zettel, auf denen fritz zahlen notiert haben soll, wieviel sabots an einzelne leute oder gruppen gehen sollten. empfänger soll auch ein ominöses "astronauten-plenum" gewesen sein, während die verteidigung hartnäckig darauf besteht, es müsse "autonomes plenum" heißen.
15.15 uhr, hwp, großer hörsaal
eine kurzfristig in den großen hörsaal verlegte jura-vorlesung des hwp-professors norman paech zur juristischen vielzweckwaffe 129a bietet 200 leuten die gelegen-

auch nur mit sympathie und freude und wachsendem selbstbewußtsein - und damit ihre loyalität diesem staat gegenüber in frage stellen. dadurch wäre eine räumung ein unkalkulierbares risiko für den hamburger senat geworden.

ein weiterer faktor wird in zukunft verstärkt eine rolle spielen, und ich denke, der ist bei uns noch ziemlich schwach entwickelt: den revolutionären prozeß nicht ausschließlich als etwas individuelles zu begreifen , der nur von der eigenen ernsthaftigkeit, von unserem eigenen wollen, von dem eigenen zusammenkommen abhängt, sondern hauptsächlich auch von objektiven gesellschaftlichen bedingungen, von dem entwicklungsstand der klassenkämpfe.
die auseindersetzungen um die kollektivschuld-ideologie und die zu erwartenden sozialen kämpfe, verbunden mit der eg-integration werden klassenbewußtsein und klassenkämpfe vorwärts entwickeln. aber wir müßten uns auch darauf vorbereiten, daß sie ihre herrschaft verteidigen werden.
sie sind mit ihrer politik von integration und spaltung durch dialog und selektive repression am ende. speziell in hamburg wurde sie vom ehemaligen bürgermeister dohnanyi, dem verfassungsschutzchef lochte un dem großinquisator der berufsverbotsära, dem jetzigen polizeipräsidenten reimers vertreten. diese politik gelingt nur, solange sie die klassenfronten verschleiern können.

III. ihre antwort auf die entwicklung von klassenbewußtsein und klassenkampf von unten ist staatsterror und verstärkte repressionen und hier ist auch dieser prozeß einzuordnen.
wie weit dies keine fiktion ist, will ich mit einigen (hier aus platzgründen nur einem, die red.) aktuellen beispielen belegen:

....

münchen, 4. november 86

es sollte eine veranstaltung zur situation der politischen gefangenen in der brd stattfinden.
sofort nach eröffnung der veranstaltung an der rund 12o menschen teilnahmen, stürmten uniformierte und zivile polizeibeamte den saal und filmten alle anwesenden sowie den infostand ab. erst nach 5min., als durch die besetzung des raumes bereits tatsachen geschaffen worden waren, erkärte der einsatzleiter, daß die veranstaltung tags zuvor durch beschluß des kreisverwaltungsreferates verboten worden sei. begründungen wurden keine angegeben, später wurde mitgeteilt, daß der bundesgerichtshof (bgh) " ausreichende polizeiliche kontrollstellen " nach § 111 wegen § 129a "unterstützung der raf" angeordnet hatte. die anwesenden wurden aufgefordert, sich nicht von ihren plätzen zu bewegen. daraufhin begannen sie mit jeweils 2 uniformierten beamten jede peron einzeln auf den taghell ausgeleuchteten vorplatz zu führen, wo sie durchsucht, photografiert und ihre personalien aufgenommen wurden.
insgesamt waren 5oo beamte der münchner polizei, des bundesgrenzschutzes, bereitschaftsplizei und des bundes- sowie landeskriminalamtes (bka, lka) im einsatz.alle umliegenden straßen wurden abgeriegelt und von insgesamt über 2oo menschen die personalien festgestellt, wovon 8 festgenommen wurden, darunter wofgang kanz und janin strobl, die den raum angemietet hatte. parallel dazu wurde die wohnung janin strobl per durchsuchungsbeschluß (ebenfalls vom Vortag) vom lka durchsucht. gegen sie hatte generalbundesanwalt (gba) rebmann ein ermittungsverfahren wegen §129a "unterstützung der raf" eingeleitet. die von der Bundesstaatanwaltschaft (baw) vorbereitete aktion "herbststurm" hatte persönliche zustimmung des spd-ob kronawitter. einige menschen deren personalien festgestellt wurden und die dem staatsschutz wohl noch nicht bekannt waren lud das lka in der folgenden woche zur vernehmung vor. in den wochen darauf wurde eine buchhändlerin vorgeladen welche "bambule" von ulrike meinhof und "stammheim" von pieter bakker-schut für den büchertisch bereitgestellt hatte. Diese waren als beweismittel beschlagnahmt und von ihr zurückgefordert worden.
4 wochen nach der zunfthausräumung erweiterte die baw das 129a ermittlungsverfahren auf 4 weitere genossinnen aus antiimperialistischen zusammenhängen unter dem "verdacht der mitorganisierung und vorbereitung" der veranstaltung 5 wohnungen und kopierläden, in dem ein teil der leute arbeitete, wurden durchsucht. 3 der verfahren wurden im letzten jahr wieder eingestellt, gegen janin stobl und wolfgang kanz im märz 88 beim bayrischen obersten landgericht anklage erhoben.
am 8. november '88 begann der prozeß vor dem dritten strafsenat des bayrischen oberlandesgerichts (BayOLG) in münchen. der auf dreizehn verhandlungstage angesetzte prozeß wird ca. drei bis vier wochen dauern. die anklage lautet auf § 129a "unterstützung der raf" und der konkrete tatvorwurf bezieht sich auf das anmieten des raumes bzw. das aufhängen eines trans-

unterstützen auch SF eine einigung

KEIN 129/a-VERFAHREN
WIRD UNSERE STIMME
ÜBERTÖNEN!



Der Prozeß gegen Fritz

an dieser stelle sollte eigentlich ein artikel stehen, der den prozeß gegen fritz in zusammenhang bringt mit präventiver aufstandsbekämpfung im allgemeinen und den neuen sicherheitsgesetzen im besonderen. es sollte zum wiederholten male der versuch gemacht werden, die einzelnen schweinereien, die der staat gegen das volk durchsetzt, in ein gesamtkonzept einzuordnen, um damit vielen menschen klarzumachen, daß es sich weder um überzogene reaktionen, noch um bedauerliche irrtümer von seiten des staates handelt, sondern um eine notwendige strategie zur herrschaftssicherung der mächtigen.
dieser beitrag war bereits geschrieben,



wenn auch lustlos. es hat sich aber herausgestellt, daß wir es mehrheitlich leid sind, bei jedem schweinegesetz eine kampagne zu starten, die mit hilfe unserer moralischen empörung einen sturm der entrüstung in den bürgerlichen kreisen entfachen soll. der ständige abbau bürgerlicher freiheiten und die korrespondierenden rückzugsgefechte der linken sind tatsachen, mit denen wir uns abzufinden haben. es wird hier nicht der resignation das word geredet, sondern der von uns zu erlernenden fähigkeit zur realistischen selbsteinschätzung - ob es sich um die krise in der kapitalistischen gesellschaft handelt oder um die vorbereitung der nächsten demo.
genau vor einem jahr wurde auch das schanzenleben zum wiederholten mal beschlagnahmt und im zuge einer kriminalisierungswelle lief gegen das damalige kollektiv ein 129a-verfahren - glücklicherweise gegen unbekannt. bis zu diesem zeitpunkt wurden im schanzenleben erklärungen der revolutionären zellen abgedruckt.
deshalb ist klar, daß das verfahren gegen fritz uns alle betrifft.
die solidarität mit ihm, mit kriminalisierten zeitungen und personen überhaupt ist für uns so selbstverständlich wie es andererseits schwierig für uns ist, diese solidarität über eher karitative verhaltensweisen in bezug auf aktuelle opfer hinaus in die praxis umzusetzen.

wir glauben, daß wir unseren anspruch auf selbstbestimmtes leben nicht so sehr in immer neuen forderungen der verwirklichung näherbringen können, sondern daß das, was wir wollen, in unserem individuellen alltag einen festen platz haben muß.
es ist uns also wichtiger, unsere eigenen strukturen aufzubauen, sie zu leben und verteidigen, als auf die herrschaftssicherungsstrategien der gegenseite zu reagieren und dabei vorzugeben, die bürgerliche demokratie verteidigen zu wollen.
klar ist, daß wir die formen der repression kennen müssen, damit wir sie in unser verhalten taktisch einbeziehen können.
klar ist aber auch, daß wir uns von taktischen überlegungen nicht bestimmen lassen.

> man sehe diese richter an, man höre diese menschen sprechen, und man wird finden, daß ganze literaturen umsonst geschrieben sind, daß unsre bäume nicht für sie blühen, unser gelächter nicht für sie lacht, unsre tränen nicht für sie fließen. wir sind soweit von ihnen entfernt, wie ein planet vom anderen, wir haben nichts mit ihnen zu tun. und wir wollen nichts mit ihnen zu tun haben.
> kurt tucholsky, deutsche richter, 1927

dieses taktische verhältnis zu diesem system kann vielleicht an einem weniger politischen beispiel deutlich gemacht werden. der ladendiebstahl ist für uns und auch in breiten kreisen der bevölkerung zu einem akzeptierten verhalten geworden.
wir fordern natürlich nicht die abschaffung des diebstahlsparagraphen, weil wir wissen, daß dieses system das eigentum zum höchsten gut erklärt hat. klauen tun aber trotzdem alle. ebenso ist es mit dem kiffen. die abschreckung funktioniert nicht, die repression verändert nur unsere taktik.
nur dadurch, daß wir unseren anspruch leben, lernen wir selbstbestimmtes handeln wirklich kennen und wissen, wovon wir reden. das gibt uns die kraft zu kämpfen.
je mehr leute das tun, desto weniger können sie kriminalisiert werden.
deshalb tut es. alle.
und orientiert euch nicht an ihren konstruierten tatbeständen, sondern an der geschichte der sozialen kämpfe.
tut es, wenn euch danach ist, lebt wild und gefährlich.

den widerstand in den vierteln organisieren !!

Unterstützen auch Sie eine revolutionäre Vereinigung !!

(Werden auch Sie heute noch Mitglied ! Am besten, Sie nehmen noch heute Kontakt mit uns auf. Wir schicken Ihnen dann unverbindlich unser umfangreiches Informationsmaterial zu. Wir sind jetzt schon zuversichtlich, daß unsere Konzepte Sie überzeugen werden.)

im folgenden veröffentlichen wir auszugswise die prozesserklärung von fritz storim, die er aufgrund des ausschlusses der öffentlichkeit im verfahren nicht verlesen konnte:

grundlage für unsere erfolge

wenn ich am anfang sagte: "wir waren in letzter zeit sehr erfolgreich", dann heißt das nicht, daß das erreichte etwas endgültiges ist, was nicht immer wieder neu von den herrschenden in frage gestellt wird. wichtig sind aber die prozesse, die sich unter uns entwickelt haben, die erfahrungen, die wir gemacht haben, das wissen, das wir uns angeeignet haben. dazu wird auch dieses verfahren beitragen, ob sie das wollen oder nicht.
am beispiel hafenstr. heißt das: die räumung konnten wir mehrmals verhindern, über stillhaltevertrag versuchen sie zu "befrieden" wie sie es nennen, dahinter steckt aber die absicht uns zu zerstören und in einer position der eigenen schwäche zeit zu gewinnen. **selbstbestimmtes, kollektives leben ist von seinem wesen her schon angriff gegen diesen staat, der keine perspektive bieten kann; und das wird nur zu halten sein durch permanente verteidigung und angriff.**

ich will untersuchen, wo die grundlage für unsere erfolge ist. ich sehe zwei faktoren:
der eine faktor ist, daß immer mehr gruppen mehr das gemeinsame in den vordergrund gestellt haben als das trennende. ich will hier nicht dem mythos" einheit" das wort reden, der oft beschworen wird, um ängstlich über die politischen unterschiede hinwegzusehen, von der angst geleitet, daß unterschiedliche positionen unsere kampfkraft schwächen muß. in wirklichkeit blockiert diese angst aber nur unsere auseinandersetzung, und entwicklung. das wir unterschiedliche positionen beziehen, die auf unterschiedlicher geschichte, erfahrung klassenherkunft basieren, ist nichts was uns ängstigen und schwächen muß: die unterschiedlichen positionen benennen, gemeinsam ihre herkunft untersuchen, einen klaren klassenstandpunkt beziehen sind die grundlage für gemeinsame entwicklung revolutionärer kraft.
der zweite faktor ist, und den halte ich für besonders bedeutsam, das das "wir", das ich vorher andauernd benutzt habe, weit über die linke szene hinausgeht.



daß z. b. eine notwendige bedeutung für die verhinderung der räumung der hafenstr. war, daß sich so viele menschen in den ideen, in der bereitschaft der verteidigung wiederfanden - aktiv oder

auch nur mit sympathie und freude und wachsendem selbstbewußtsein - und damit ihre loyalität diesem staat gegenüber in frage stellen. dadurch wäre eine räumung ein unkalkulierbares risiko für den hamburger senat geworden.

ein weiterer faktor wird in zukunft verstärkt eine rolle spielen, und ich denke, der ist bei uns noch ziemlich schwach entwickelt: den revolutionären prozeß nicht ausschließlich als etwas individuelles zu begreifen , der nur von der eigenen ernsthaftigkeit, von unserem eigenen wollen, von dem eigenen zusammenkommen abhängt, sondern hauptsächlich auch von objektiven gesellschaftlichen bedingungen, von dem entwicklungsstand der klassenkämpfe.
die auseindersetzungen um die kollektivschuld-ideologie und die zu erwartenden sozialen kämpfe, verbunden mit der eg-integration werden klassenbewußtsein und klassenkämpfe vorwärts entwickeln. aber wir müßten uns auch darauf vorbereiten, daß sie ihre herrschaft verteidigen werden.
sie sind mit ihrer politik von integration und spaltung durch dialog und selektive repression am ende. speziell in hamburg wurde sie vom ehemaligen bürgermeister dohnanyi, dem verfassungsschutzchef lochte un dem großinquisator der berufsverbotsära, dem jetzigen polizeipräsidenten reimers vertreten. diese politik gelingt nur, solange sie die klassenfronten verschleiern können.

III. ihre antwort auf die entwicklung von klassenbewußtsein und klassenkampf von unten ist staatsterror und verstärkte repressionen und hier ist auch dieser prozeß einzuordnen.
wie weit dies keine fiktion ist, will ich mit einigen (hier aus platzgründen nur einem, die red.) aktuellen beispielen belegen:

....

münchen, 4. november 86
es sollte eine veranstaltung zur situation der politischen gefangenen in der brd stattfinden.
sofort nach eröffnung der veranstaltung an der rund 12o menschen teilnahmen, stürmten uniformierte und zivile polizeibeamte den saal und filmten alle anwesenden sowie den infostand ab. erst nach 5min., als durch die besetzung des raumes bereits tatsachen geschaffen worden waren, erkärte der einsatzleiter, daß die veranstaltung tags zuvor durch beschluß des kreisverwaltungsreferates verboten worden sei. begründungen wurden keine angegeben, später wurde mitgeteilt, daß der bundesgerichtshof (bgh) " ausreichende polizeiliche kontrollstellen " nach § 111 wegen § 129a "unterstützung der raf" angeordnet hatte. die anwesenden wurden aufgefordert, sich nicht von ihren plätzen zu bewegen. daraufhin begannen sie mit jeweils 2 uniformierten beamten jede peron einzeln auf den taghell ausgeleuchteten vorplatz zu führen, wo sie durchsucht, photografiert und ihre personalien aufgenommen wurden.
insgesamt waren 5oo beamte der münchner polizei, des bundesgrenzschutzes, bereitschaftsplizei und des bundes- sowie landeskriminalamtes (bka, lka) im einsatz.alle umliegenden straßen wurden abgeriegelt und von insgesamt über 2oo menschen die personalien festgestellt, wovon 8 festgenommmen wurden, darunter wofgang kanz und janin strobl, die den raum angemietet hatte. parallel dazu wurde die wohnung janin strobl per durchsuchungsbeschluß (ebenfalls vom Vortag) vom lka durchsucht. gegen sie hatte generalbundesanwalt (gba) rebmann ein ermittungsverfahren wegen §129a "unterstützung der raf" eingeleitet. die von der Bundesstaatanwaltschaft (baw) vorbereitete aktion "herbststurm" hatte persönliche zustimmung des spd-ob kronawitter. einige menschen deren personalien festgestellt wurden und die dem staatsschutz wohl noch nicht bekannt waren lud das lka in der folgenden woche zur vernehmung vor. in den wochen darauf wurde eine buchhändlerin vorgeladen welche "bambule" von ulrike meinhof und "stammheim" von pieter bakker-schut für den büchertisch bereitgestellt hatte. Diese waren als beweismittel beschlagnahmt und von ihr zurückgefordert worden.
4 wochen nach der zunfthausräumung erweiterte die baw das 129a ermittlungsverfahren auf 4 weitere genossinnen aus antiimperialistischen zusammenhängen unter dem "verdacht der mitorganisierung und vorbereitung" der veranstaltung 5 wohnungen und kopierläden, in dem ein teil der leute arbeitete, wurden durchsucht. 3 der verfahren wurden im letzten jahr wieder eingestellt, gegen janin stobl und wolfgang kanz im märz 88 beim bayrischen obersten landgericht anklage erhoben.
am 8. november '88 begann der prozeß vor dem dritten strafsenat des bayrischen oberlandesgerichts (BayOLG) in münchen.
der auf dreizehn verhandlungstage angesetzte prozeß wird ca. drei bis vier wochen dauern. die anklage lautet auf § 129a "unterstützung der raf" und der konkrete tatvorwurf bezieht sich auf das anmieten des raumes bzw. das aufhängen eines trans-

parentes mit dem "freilassung von günter sonnenberg, zusammenlegung der gefangenen aus raf und widerstand" gefordert wird.

nach dem ersten prozeßtag wollten etwa 150 besucher des prozesses in einer kneipe zusammen mittag essen. diese wurde von polizei umstellt, die straße vor dem haus abgesperrt. die kneipe wurde gestürmt, alle besucher vorübergehend festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. zu diesem prozeß sollte am 14. november dieses jahres eine veranstaltung stattfinden. als referenten waren eingeladen: pieter bakker-schut, ein anwalt aus den niederlanden, der seit mehr als zehn jahren politische gefangene verteidigt; c. binswanger, mitglied des schweizer anti-folter-komittees; michael moos, der verteidiger von janin strobl, angehörige von politischen gefangenen aus der brd und die beiden angeklagten.
es gab zwar kein verbot der veranstaltung, aber derartige auflagen, die einem verbot praktisch gleichkamen. diese auflagen wurden auf dem gerichtlichen weg nochmal bestätigt. so durfte auf der veranstaltung nicht über die zusammenlegungsforderung gesprochen werden, sowie nicht über die forderung nach der freilassung von günter sonnenberg. zuerst gab es noch die weitere auflage, das nichts über das laufende verfahren gegen w. kanz und j. strobl gesagt werden durfte. diese auflage wurde allerdings vom gericht zurückgenommen.
weiter waren die auflagen, daß vier zivilpolizisten mit tonbandgeräten und einem staatsanwalt in der veranstaltung mit dabei sein sollten, um gegebenenfalls die veranstaltung zu unterbinden, falls die auflagen nicht eingehalten würden. außerdem durfte nicht die parole gerufen werden: wir sind nicht alle - es fehlen die gefangenen!
weiter war ein punkt, das nur eine begrenzte teilnehmerzahl zugelassen werden sollte. 198 mit stühlen oder 300 stehend - und die polizei wollte abzählen.
das vorfeld des veranstaltungortes wurde von massivem polizeiaufgebot besetzt. Nach einer pressekonferenz im saal brachen die veranstalter die veranstaltung ab. sie konnte aber an einem anderen ort an der TU-mensa durchgeführt werden. dies erinnert lebhaft an zustände vor mehr als hundert jahren. auch im zeichen des sozialistengesetzes wurden veranstaltungen von spd und gewerkschaften durch anwesende polizisten aufgelöst, z.b. weil darüber gesprochen wurde, daß arbeiter aufgrund ihrer politischen tätigkeit ausgewiesen wurden.

in den diskussionen um staatliche repression beziehen wir uns meist auf die repression gegen den widerstand und die politischen strukturen von autonomen und anti-imperialistischen gruppen. wenn wir aber die bedeutung der staatlichen repression richtig einschätzen und ansatzpunkte zur gegenwehr entwickeln wollen, müssen wir erkennen, das die staatliche unterdrückung politischer gegenwehr und organisierung noch in anderen formen - weit über diesen bereich ausgreift. dazu nur ein paar beispiele:
- die kriminalisierung des widerstandes gegen die waa in wackersdorf richtet sich gegen alle teile der bevölkerung, die dieses zentrale projekt des brd-atomprogramms verhindern wollen.
- auf die gewaltfreien blockadeaktionen von mutlangen hat die brd-justiz mit hunderten von verfahren geantwortet.
- mit dem verbot einer buko-konferenz in bayern im dezember 1986 richtet sich die behinderung politischer diskussion auch gegen ein breites spektrum von dritte welt und solidaritätsgruppen.
- während der auseinandersetung um das krupp-stahlwerk in rheinhausen wagten es regierung- und bundesanwaltschaft nicht, die aktionen der stahlarbeiter, z.b. die blockaden der rheinbrücken, gerichtlich zu verfolgen. die unterstützung für den kampf im gesamten ruhrgebiet war zu groß. juristische angriffe hätten die kampfbereitschaft nur gesteigert. erst monate nach dem ende des kampfes, in einer situation der schwächung und z.t. auch ratlosigkeit, wie der kampf wieder aufgenommen werden kann, leitet die bundesanwaltschaft jetzt ermittlungverfahren ein.
- während der tarifauseinandersetzungen um die 35-stundenwoche in der brd druckindustrie 1986 hatten kolleginnen die springerdruckerei in ahrensburg blockiert. diese aktion hatte ein gerichtliches nachspiel. das bundesarbeitsgericht entschied, daß die gewerkschaft ig druck und papier schadensersatzpflichtig gemacht werden kann, wenn sie solche aktionen im zusammenhang mit tarifauseinandersetzungen - auch wenn die kolleginnen sie aus eigener initiative beginnen - nicht unterbindet. so sollen die gewerkschaften gezwungen werden, als verlängerter arm des staates die arbeiter im korsett der brd-arbeitskampfgesetze zu halten.

diese seite der staatlichen repression ist uns zu wenig bekannt. eine einschätzung ihrer bedeutung haben wir kaum. das liegt daran, das die kämpfe in diesen bereichen nur relativ schwach entwickelt sind und wir andererseits wenig verbindung zu ihnen haben.
diese beschränkung werden wir nicht von heute auf morgen überwinden können. wir müssen uns aber in zukunft bemühen, sie aufzuheben, wenn wir unsere gemeinsamen ziele durchsetzen wollen.
diese beispiele, die sich fast beliebig fortsetzen ließen, lassen ahnen, wie sehr sich ihre herrschaft auf direkte gewalt und terror reduziert, wie wenig ihre ideologie noch die klassenwidersprüche verschleiern kann. sie können sich nur noch treffen unter massivem polizeischutz, müssen ganze städte belagern wie zum iwf/wb treffen in berlin oder zum nato-parlamentarier-treffen am 17.11.88 in hamburg; sie versuchen durch sondergesetze und bullenterror zu verhindern, daß über vorstellungen von befreiung und widerstand öffentlich geredet wird. hierbei sind gesetz und justizapparat wichtige instrumente. ......





Frau Müllhagen und Herr Petersen, zwei AnwohnerInnen aus dem Schanzenviertel wollten wissen, was denn für das alte Flora-Gebäude geplant ist. Sie stürzten sich in den Behörden-Dschungel...

Bürgerbüro Senat

Da muß ich mich erstmal erkundigen, das weiß ich nicht. Wieso interessiert sie das denn? Der Senat ist da also gar nicht mehr so mit befaßt, aber der Bezirk Altona, die Liegenschaft weiß dort Bescheid.

Liegenschaft Altona

Da kann ich Ihnen auch nicht weiterhelfen. Das ist'n Problem, ist schwierig, ist ja auch jetzt eingezäunt,ist ja auch alles klar, aber wer da am Zuge ist, ob Baubehörde, Kulturbehörde oder Bezirk, das weiß ich nicht.

Kulturbehörde in der Hamburger Straße

Da bin ich im Augenblick überfragt. Da hilft die Bezirksversammlung weiter, die Kulturbehörde ist da raus. Der Bürgerprotest hat ja so viel bewirkt, daß man sich für einen anderen Standort entschieden hat.
Ein Stadtteilzentrum soll da hin, wo die neue Flora geplant ist, Höhe Holstenbahnhof. Aber Stadtteilzentrum bedeutet nicht Stadtteilkulturzentrum, sondern bedeutet Einkaufspassage, Restaurants, gemütliche Cafes, Büros und Gewerberäume und alles zusammen in einem Komplex.
Ich würde mal im Bezirk anrufen und die Bezirksversammlung, die weiß ja , was weiter geplant ist. Da gibt's einen Kulturausschuß und einen Bauausschuß.

Abgeordnete im Bauausschuß Altona

- Szescny (CDU)
Da wissen wir überhaupt noch nichts vom Stadtplanungsausschuß her. Wir haben bisher noch keine Vorstellungen entwickelt und der Senat auch nicht. Und es bedarf einer Senatsentscheidung, weil dort die Grundsatzentscheidung getroffen wird, was hier hinkommt und weil diverse Kosten schon entstanden sind und die Frage ist, wer sie trägt.
Vor Jan/Feb nächsten Jahres weiß man bestimmt nicht, was dort geschehen soll.
Wir haben überhaupt keine konkreten Vorstellungen. Es gib ja das Bemühen aus dem Viertel selber, das Gelände und auch das Haus zu nutzen, um so etwas ähnliches wie ein Kommunikationszentrum zu machen und soweit ich die Mitglieder meiner Fraktion verstanden habe, ham wir da nichts dagegen - aber es kommt darauf an, wie sich das alles realisieren läßt. Ich weiß auch nicht, ob der Senat bereit ist, das Gebäude im Besitz der Freien und Hansestadt zu belassen, um damit eben auch die Möglichkeit zu geben, ein Kommunikationszentrum zu erstellen, denn auf privater Basis könnte es ja nicht gemacht werden.
Wenn schon, denn schon auf staatlicher Basis, und das steht alles und überhaupt nicht fest. Ich glaube auch, daß man überhaupt erst anfängt zu reden, wo die neu FLORA am neuen Standort hin kann, und diese Entscheidung fällt wahrscheinlich im Dezember oder im Januar. Und wenn es dafür eine Entscheidung gibt, die auch von allen Beteiligten getragen wird, dann beginnen die Gedanken des Senats, was mit der alten FLORA passiert.
Solange wollen sie nix darüber sagen. So was ähnliches wie Winterpause. Die Entscheidung für's neue FLORA soll schnell fallen, spätestens im Januar.
Sie gehören zur Anwohner-Ini?
Auch die anderen Fraktionen haben sich nicht erklärt. Die GAL ist ja wohl für Begegnungsstätte und Kommunikationszentrum, hat sie auch schon gesagt. Wohl von den anderen drei Fraktionen ebenfalls. Das ist immer nur eine Frage von Liegenschaft und Senat, der Bezirk hat nix zu sagen. Die miese Finanzsituation kann allerdings auch einen Verkauf bedeuten.

- Klaus (GAL)
Weiß ich auch nicht, hab ich noch nix von gehört. Es ist nur letztens im Bau-Ausschuß beschlossen worden, daß im Schulterblatt neben der S-Bahn-Brücke die Gebäude abgerissen werden sollen, und da soll wohl so'n Mercedes-Geschäft hin. Der hat das wohl gekauft, das Gelände, während die Bäckerei wohl nicht so gerne weg will. Die GAL hat das vertagen lassen, um in der Fraktion zu diskutieren, wie wir uns verhalten wollen.
Die GAL hat zu dem sogenannten sozialen Wohnungsbau-Vorschlag für das alte FLORA-Gelände nicht zugestimmt. Wir können ja mal 'ne Anfrage machen.

- Thies Thiessen (SPD)
Da kann ich Ihnen wenig drüber sagen. Das Schanzenviertel gehört ja zu Hamburg-Mitte. Ach so, die Baugrube? Da kann ich Ihnen auch wenig sagen. Da soll ja wohl ein Wettbewerb stattfinden, das wird weitestgehend von Hamburg-Mitte gesteuert, weil das dort Sanierungsgebiet ist - die Randzonen strahlen da aus, ne?! Wir haben da auch nichts mit zu tun. Erstmal einigen sich Senat und Kurz, wie die Fläche zurückgegeben wird oder so und dann der Wettbewerb.
Ich bin nur ehrenamtlicher Parlamentarier, es gibt sicher kompetentere Gesprächspartner im Bezirksamt, den Leiter oder die Stadtplanung oder sonst wer. Wir beschäftigen uns nur abends damit.
Mein letzter Wissensstand (4 bis 5 Wochen alt) ist, daß man da was Adäquates hinbauen will, also Neubau, deswegen kommt wohl Kulturzentrum oder eine Stadtteilnutzung nicht in Frage. Ich denke, die Villa bleibt stehen, die haben sie als einziges kulturhistorisch Wertvolles gerettet, während sie das andere kulturhistorisch Wertvolle abgerissen haben.
Zuständig für die Fläche ist die Liegenschaft in der Finanzbehörde, weil die STELLA sie an die Stadt zurückgebeben hat. Der Senat hat evoziiert, von daher hat der Bezirk nix mehr damit zu tun. Es kommt vielleicht wieder zurück, wenn was geplant ist, d.h. ein Bebauungsplanverfahren läuft. Das müssen Sie in der Baubehörde nachfragen. Rufen Sie doch den persönlichen Referenten des Bausenators an, der muß sie doch verteilen können.
Frage: Wofür macht sich die SPD stark?
Es gibt noch kein Konzept. Das wollen wir abwarten. Wir können uns schon ne Wohnnutzung mit ner kleinen Gewerbenutzung im Erdgeschoß vorstellen. Aber machen wir uns nichts vor, wenn da 'n Neubau hinkommt, dann sind das Mietpreise, die von Leuten aus'm Viertel wohl nicht zu bezahlen sind. Und dann gibt es 1oo.ooo DM als Geschenk für jeden Bauunternehmer, wenn er Wohnungen für Aussiedler baut, das ist also durchaus möglich.
Bei dem, was Sozialwohnungen heute pro Quadratmeter kosten, muß sich doch derjenige, der so eine Wohnung bezahlen kann, fragen lassen, wie bist du an den §5-Schein gekommen?
Miebelastungen von 1.2oo DM monatlich sind da keine Seltenheit.
Ich kann mir nicht vorstellen, daß da ein städtisches Konzept verwirklicht wird. Die SAGA ist ja wohl pleite, ne. Also wird ein privater Investor gesucht werden, der dann staatliche Zuschüsse einsackt und der sie dann wieder für teures Geld vermietet.
Wir stellen uns eine integrierte Lösung vor, also nicht nur Wohnungen. Ich seh ich gar keinen Grund für, daß da erdgeschossig nicht auch Läden rein sollen.
Die Wettbewerbe sind ausgeschrieben, aber keineswegs abgeschlossen, geschweige denn angefangen.
Stadtteilzentrum? Ist ne gute Sache, aber wer finanziert das? Dafür ist garantiert kein Geld da.

Baubehörde:

Dafür ist das Bezirksamt zuständig. Wir haben hier normalerweise keinen Publikumsverkehr. Der Bezirk ist eigentlich immer für Bürger zuständig.

Kulturbehörde/Theaterreferat und Denkmalschutz:

Da kann ich Ihnen überhaupt nichts drüber sagen. Federführend ist da die Baubehörde. Wenn sie das bestreitet, lügt sie. Der Denkmalschutz kann da überhaupt nix bestimmen.
Die Villa ist nicht in die Denkmalschutzliste eingetragen, sie ist aber denkmalschutzwürdig.

DER KAMPF GEHT WEITER !

- KURZ VERJAGEN, PHANTOM ZERSCHLAGEN !
- WENN KURZ SEIN PHANTOM AM HOLSTENBAHNHOF BAUEN WILL, WIRD ER SEIN ZWEITES FLORA ERLEBEN !
- DEN WIDERSTAND VIELFÄLTIG IN DEN VIERTELN ORGANISIEREN !
- GRUSS AN DIE ROTE FLORA !
- EINSTELLUNG ALLER VERFAHREN GEGEN DEN FLORA WIDERSTAND !

Nachdem die BewohnerInnen des Schanzenviertels den Bau des Kommerzmusicals erfolgreich verhindert haben, versuchen Kurz und Senat an dem neuen Standort, nur 800 m entfernt am Holstenbahnhof, das Projekt mit rasanter Geschwindigkeit wieder über die Köpfe der BewohnerInnen hinweg durchzuziehen.

Am 1.11. gab es eine öffentliche Anhörung, auf der die Pläne vorgestellt wurden.Das Kommerztheater soll auf der Grundfläche von 10.000 qm entstehen. Teile des Projekts, z.B. der "kleine" Bühnenturm, sollen 30 m hoch sein. Das entspricht einem Hochhaus mit 10(!) Stockwerken. Die Häuser in der nächsten Umgebung haben maximal 5 Stockwerke, d.h. ganze Straßenzüge werden im ewigen Schatten versinken. Das Phantomtheater soll durch Läden und Restaurants aufgemotzt werden, die sich am kulturellen Kommerz orientieren. Parkplätze gibt es auch wieder nicht genug, dafür noch mehr Lärm und Verkehrschaos. Das einzig gute an der Anhörung war, daß ihre Pläne auf breiten Protest der etwa 400 anwesenden AnwohnerInnen stieß und von allen als Verarschung empfunden wurden.

Daß das Projekt trotz aller "demokratischer" Formalien beschlossene Sache ist, wird u.a. daran deutlich, daß der Kaufvertrag zwischen Kurz und Senat einen Tag vor der Anhörung zur Verkehrslage unterschrieben wurde. Kurz soll mit 10 Millionen DM Eigentümer des Grundstücks werden. Selbst die Kohle, die er beim Abriß der Flora investiert hat, soll ihm nicht verloren gehen - sie wird vom Kaufpreis abgezogen. Getreu des kapitalistischen Prinzips: wer schon Kohle hat, kriegt noch mehr !

Am 6.12. sollte auf einer öffentlichen Bezirksversammlung die Teilgenehmigung für den ersten Bauabschnitt erteilt werden. Der Antrag wurde mit den Stimmen von GAL und SPD abgelehnt. Das ist in unseren Augen kein Erfolg, sondern bedeutet nur, daß der Senat das Projekt jetzt an sich zieht. Wir gehen davon aus, daß der Senat alles dafür tun wird, daß der Bau wie geplant im Januar beginnen kann.

DAS WERDEN WIR VERHINDERN!!!!

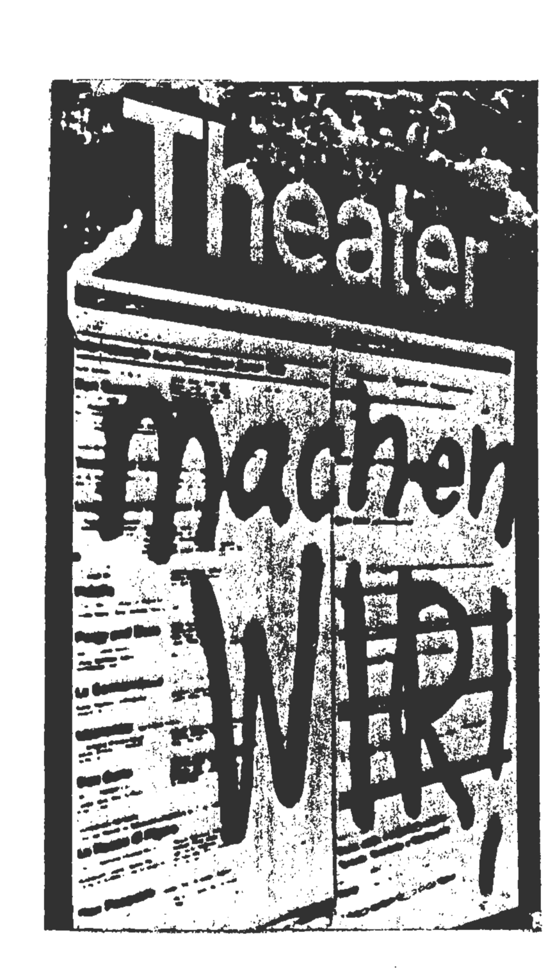
Wir sind eine Gruppe von 20-30 Leuten, die sich seit zwei Monaten wöchentlich trifft. Wir haben bisher die verschiedenen Anhörungen lautstark mit Protest begleitet und die erste Teilaufführung der Phantomoper in der Musikhalle zum Anlaß genommen, unseren Widerstand öffentlich zu machen. Außerdem sind Flugblätter verteilt und Unterschriften gesammelt worden.

Unsere Ausgangslage für den Kampf gegen das Kurz-Projekt ist anders als im Schanzenviertel. Das Gebiet um den Holstenbahnhof ist kein einheitliches Viertel mehr. Die Struktur dieses ehemaligen Arbeiterviertels ist schon u.a. durch den Ausbau des Ring 2 entscheidend verändert worden. Es gibt kaum mehr kleine Läden, außer denen ander Holstenstraße. Wenn Kurz seinen Tempel hier baut, wird eine Kommerzialisierung eintreten. Überschwemmung mit Kommerzkneipen und Schickimicki-Läden - Verkehrschaos, Lärmbelästigung, Touristenmassen und teure Mieten inbegriffen.

Klar ist, daß der Platz am Holstenbahnhof genauso ins Standortkonzept des Senats paßt, wie die ehemalige Planung am Schulterblatt.

Klar ist auch, daß die Umstrukturierung im Schanzenviertel durch die Vertreibung von Kurz nicht gestoppt worden ist.

Das kann nur heißen: Der Kampf gegen Umstrukturierung, Standortpolitik und Kommerzkultur muß viertelübergreifend weitergehen !



Wir treffen uns jeden Donnerstag im Cafe TUC TUC, Oelkersallee um 20 Uhr

Odyssee in der Olympiastadt 2004

ÜBER ZEUGUNG UND GEBURT

Vor einem Jahr, genauer Ende Oktober 1987, setzte sich ein Personenkreis, im nachfolgenden kurz: Gremium genannt, zusammen und begann, sich Gedanken darüber zu machen, wie im Tor zur Welt Olympische Spiele stattfinden könnten - eine Idee, die seit 1985 in den Köpfen einiger Politiker herumgeistert.
In den Speichern der Gremium-PC's summierten sich lange Zahlenketten zu Milliardenbeträgen, während anderenorts, im heimischen Bett oder auf der idyllischen Waldlichtung, die ersten SportlerInnen für das Olympia im Jahr 2004 gezeugt wurden - unabhängig voneinander, versteht sich.
Der Berg kreißt und gebar eine Maus, heißt es immer. Hier kreißt ein Gremium und die Maus war ein Monster.
Nachdem bereits im Juni 1988 ein Zwischenbericht des Gremiums vorlag, wurden Ende August ein knappes Schock (altdeutsch für fünf Dutzend = 60, Anm. d. T.) ausgewählter "Vertreter von Wirtschaft und Gewerkschaften" in die vorliegenden Pläne eingeweiht, am 6.9.88 wurde dann die Öffentlichkeit offiziell von der Senats-Idee unterrichtet: Brot und Spiele für's Volk im Jahr 2004!
Brot und Spiele werden eines Tages zum leckeren Zuckerbrot und im Hintergrund winkt die Peitsche.
Worum geht's den Machern?
Das, was mensch hinter dem Wort "Spiele" vermuten könnte, ist schnell abgehakt: Gespielt wird auch, aber um Milliarden von DM.
Vordergründig sind die 3,3 bis 3,7 Mrd. DM Input und die 2,72 bis 4,05 Mrd. DM Output gemeint, die die Olympischen Spiele an Investitionen und Durchführung kosten bzw. den Veranstaltern einbringen sollen (die Erwartungen gehen bis zu einem Gewinn von 460 Mio. DM), aber das ist, wie schon erwähnt, das vordergründige Geschäft. Das Ziel wird woanders gesehen, würde sich tiefgreifender in die Sozialstruktur der Stadt einnisten.
Gedacht wird an eine Olympiade, die dem Unternehmen Hamburg die "wirtschaftsstrukturellen und kulturellen Impulse" im Großformat beschert, um die es sich heute kleckerweise bemüht: Wirtschaftswachstum und Veränderung der Wirtschaftsstruktur, angepaßt an neue Produktions- und Technologieverfahren, großräumig das Arbeitskräftepotential diesen neuen Wirtschaftszentren angepaßt und kulturell befriedet.
Doch eines nach dem anderen, erstmal zum Vordergründigen.

ÜBER'S OLYMPISCHE GESCHÄFT

Mit "Olympiade" verbinden sich für viele Menschen Vorstellungen vom edlen Wettstreit der Athleten und Athletinnen, die - körperlich und geistig fit - ihre Kräfte und sportlichen Fähigkeiten einige Tage gegeneinander messen, um die Beste oder den Besten in der jeweiligen Disziplin ausfindig zu machen. Soweit geschenkt; sollen sie doch. (Und den ganzen ideologischen Rummel, der mit der Rennerei auf einem 400m-Oval verbunden wird, will ich hier ausklammern.)
Für andere dagegen verbinden sich diese "Spiele" ausschließlich mit dem Gedanken, ein Geschäft zu machen. Im Kleinen, indem sie einen Athleten oder eine Athletin über mehrere Jahre durchfüttern, streicheln und hätscheln, sprich: aufbauen, um ihn oder sie dann einige Zeit lang in den Arenen der Welt auftreten zu lassen (gegen Geld, versteht sich); im Großen, indem sie die ganze Show managen.
Dazu gehört natürlich, wie bei jeder Ware, eine gute Verpackung, nämlich

- ein Olympiastadion für 90.000 Zuschauer (soll am Klostertor stehen und 750 Mio. DM kosten),
- eine Olympia-Schwimmhalle (am Fischereihafen für 590 Mio. DM),
- diverse Olympia-Sporthallen (Heiligengeist feld, Lagerstraße für 200 Mio. DM),

als Hauptwettkampfanlagen, dazu verschiedene Kleinanlagen.
All dies soll bis zum Jahr 2004 neu gebaut und bestehende Anlagen erweitert bzw. auf den letzten Stand der Sporttechnik gebracht werden (Ausnahme: bis 1994 soll eine Mehrzweckhalle für 10.000 Zuschauer gebaut sein, weil dann das Deutsche Turnfest in Hamburg stattfinden soll). Kosten insgesamt: 2,1 bis 2,8 Mrd. DM; die Durchführung der Olympischen Spiele selbst wurde mit 0,8 bis 1,2 Mrd. DM veranschlagt, und wenn das Ganze über Kredite vorfinanziert werden soll, wird mit einer Zinsbelastung von 0,3 bis 0,46 Mrd. DM gerechnet - in der Erwartung, daß summa summarum den Veranstaltern ein Plus im Geldbeutel bleibt (bezahlt von ZuschauerInnen über Eintrittskarten, von FernsehzuschauerInnen über Gebühren, von KonsumentInnen über die Warenwerbung, von GeldspielerInnen über Lotto, von SteuerzahlerInnen über Steuern, jede/r von uns wird irgendwie zur Kasse gebeten). Auch wenn rein theoretisch ein Minus von bis zu 643 Mio. DM erwirtschaftet werden könnte, geht das Gremium von einem Gewinn von ca. 260 Mio. DM aus.

ÜBER DEN GEBRAUCHSWERT

Es gibt jedoch immer noch Menschen, die regelmäßig planen, wann sie "Geld ausgeben",
a) nach dem Gebrauchswert der Ware fragen, die sie für Geld kaufen, oder
b) sich inhaltlich über eine kulturelle Darbietung auseinandersetzen, für deren Kosten sie aufkommen.
Einen Gebrauchswert erhalten die Anlagen indes für Veranstalter unterschiedlicher sportlicher bzw. anderer kultureller Darbietungen, wobei sich hier der Gebrauchswert auf den Charakter einer Fabrikationsanlage reduziert, mit dem Unterschied, daß hier nicht die durchaus praktische Kartoffelreibe o.ä. gefertigt wird, sondern etwas Ideelles, etwas, an dem mensch sich emotional abreagieren kann.
Zu a): Der Gebrauchswert der geplanten Olympia-Anlagen tendiert für 99% der Bevölkerung gegen Null. In Gebrauch nehmen können diese Anlagen lediglich einzelne Leistungs- und ein paar mehr BreitensportlerInnen (wobei für letztere diese Anlagen ein Zufallsprodukt sind, oder glaubt etwa jemand, sie würden auch ohne Olympia 2004 gebaut werden?).
Womit ich beim Inhaltlichen bin, nämlich bei b), der Frage nach den Inhalten jener kulturellen Darbietungen. In den geplanten Anlagen wird genau das ablaufen, was jetzt schon alle 14 Tage bei den Heimspielen des FC St. Pauli abläuft: Stellvertretend führen einige wenige Akteure ein Spiel vor, das den Zuschauenden es ermöglicht, emotional zu reagieren - ohne selbst besonders aktiv zu werden. Alltägliche - politische, soziale, kulturelle - Erfahrungen, die jede/r von uns mit sich rumschleppt, werden nicht durch individuelles oder kollektives Handeln gesellschaftlich umgesetzt, sondern auf Menschen übertragen, die für uns Aktivität entfalten. Der Libero der proletarischen Fußballmannschaft ist austauschbar mit der Librettistin, die in der kleinbürgerlichen Operette auftritt...

ÜBER OLYMPISCHE SOZIALPLANUNG

Doch zurück zu den Olympia-2004-Planungen, dem "Monster", wie ich es anfangs nannte. Besagtes Gremium hat sich nämlich nicht nur Gedanken darüber gemacht, wie die Show am besten durchzuziehen ist; es wurde auch sozialplanerisch aktiv. Originalton:
"Die vorgeschlagenen Standorte der Hauptwettkampfanlagen sind unter den zahlreichen Alternativen, die von den Gutachtern untersucht worden sind, die umweltverträglichsten und aus stadtökologischer Sicht unproblematisch. Das Konzept sieht vor, die zentrumsnahen Hauptstandorte durch Fußwege und - soweit möglich - durch Grünverbindungen zu verknüpfen, was insbesondere über die "Olympische Meile" entlang des nördlichen Elbufers unterhalb der Geestkante und über die Wallringanlagen erfolgt. Dabei werden Elemente des Stadtgrüns, insbesondere die Parks wie auch Sportanlagen, eingebunden. In den Nachnutzungsmöglichkeiten haben die Gutachter größten Wert auf die optimale Versorgung der Bevölkerung mit Spiel-, Sport- und Erholungsflächen durch die hierbei geschaffenen Verbundwirkungen bis in die Wohngebiete hineingelegt. Ziel des Konzeptes ist es, eine Aufwertung des stadträumlichen Umfeldes und damit Impulse zur Attraktivierung des innerstädtischen Lebens zu schaffen.
Abgeleitet von den generellen Aspekten des Leitbildes folgt auch die verkehrliche Konzeption der ausgeprägten Präferenz für fußläufige Erreichbarkeit der Wettkampfstätten nicht nur für die Zuschauer und Besucher, sondern auch für Sportler und Betreuer. Dem motorisierten Individualverkehr wird keine Präferenz zugeordnet, sondern es wird ein Schwergewicht auf die Förderung quantitativer und qualitativer Angebotsverbesserungen für den nichtmotorisierten Verkehr gelegt. Zur Sicherung eines reibungslosen Verkehrsablaufes und zur optimalen Ausnutzung der einzubringenden Leistungsangebote werden flankierende Maßnahmen und die volle Inanspruchnahme der sich weiter entwickelnden elektronischen Medien zur Steuerung der Verkehrsabläufe im Sinne der programmierten Transportketten vorgeschlagen." (zitiert nach: Schlußbericht Olympia-Gutachten Hamburg, Zusammenfassung)
Ein paar Seiten später wird das Gremium noch deutlicher:
"...muß den Verantwortlichen der Freien und Hansestadt Hamburg nahegelegt werden, unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftsstrukturellen Anstoßwirkung das Programm der städtebaulichen Anpassung und Modernisierung am Hafenrand, in das sich später Olympiabauten einpassen lassen, möglichst bald und unabhängig von den Entscheidungen über den Austragungsort der Olympischen Spiele 2004 umzusetzen."
Auf dem Spiel stehen geschätzte 11,5 Mrd. DM, die an wirtschaftlicher Leistung direkt und als Folge zusätzlicher Unternehmeraktivitäten in der Region Hamburg indirekt aufgebracht werden sollen. Bei dieser Größenordnung ist es nicht verwunderlich, wenn die Hamburger Handelskammer mit leuchtenden Augen die Erwartung ausspricht, daß "der Zukunftsstandort Küste in der Lage sein sollte, sich dieser Herausforderung mit Erfolg zu stellen."
"Wirtschaftsstrukturelle Anpassungsmaßnahmen", "Wohlstandssteigerung für die Bürger", "Anstoßwirkung (insbesondere) für den zukunftsträchtigen Bereich moderner haushalts- und freizeitorientierter Dienstleistungen", "kulturelle und soziale Atrtraktivität für 'Hochqualifizierte'" usw. - ja, wer wird hier wohl draußen bleiben bzw. über die soziale Klinge springen müssen?
Auf der "Olympischen Meile" entlang der Elbe von Neumühlen (Schwimmhalle) bis zum Klostertor (Stadion) wird kein Platz sein für das, was sich einige Menschen heute noch unter selbstbestimmtem Leben und Wohnen vorstellen; der "Quartier-Charakter" von St. Pauli wird für die "Attraktivierung des innerstädtischen Lebens" vor die Hunde gehen (denn wo, außer in ein paar sanierten Straßenzügen in der City, gibt es noch innerstädtisches Leben?); die Spekulationen um Grundstücke und Häuser werden natürlich auch die räumlich vom olympschen Geschehen etwas abseits liegenden Stadtteile Ottensen und St. Georg erfassen; die Einbeziehung des Sternschanzenparks und der Messehallen in die Sportveranstaltungen bzw. der Organisierung, die Olympia-Sporthalle in der Lagerstraße werden auch im Schanzen- und im Karo-Viertel neue Lebensmaßstäbe setzen.

ÜBER OLYMPISCHEN SCHWACHSINN

Derartige Pläne regen die Bürgerlichen zum Träumen an; es sind Träume und Albträume. Albträume, wie die der Handelskammer, die noch nicht den Konsens in der Bevölkerung sieht, der erst eine reibungslose Durchführung der Spiele garantieren würde:
"Denn was geschieht, wenn sich Widerstand formiert, jener Widerstand, an dem soeben am zunächst vorgesehenen Standort ein Projekt scheiterte, dessen Dimensionen auch nicht annähernd olympisches Maß erreicht hätte? Mit der Formel, gegen Ende des Jahrtausends sei 'die Hafenstraße' längst vergessen, ist solche Skepsis nicht zu widerlegen."
Denn es sind nicht nur militante Minderheiten, "die den Widerstand gegen das Flora-Projekt wirksam werden ließen, sondern vor allem jene, die den Resonanzboden abgaben, die gegen Veränderungen im Schanzenviertel sind, gegen die 'Touris', gegen die 'Yuppies', gegen die 'Schickimickisierung' und gegen jede kulturelle Regung, die nicht in die Stadtteilkulturgesinnung paßt."
Also muß die politische Führung der Stadt die Bevölkerung von der Olympiade 2004 überzeugen, flexibel in Standortfragen handeln können und - wichtig - "an einmal getroffenen Entscheidungen festhalten."
Und wie? Mit Law and Order, symbolisch mit dem "Wachhund" umschrieben, den das "Hamburger Abendblatt" in seinem Traum 2004 auf Posten sieht?
Einen Traum 2004 über die Speicherstadt, aus der vor kurzem der letzte Quartiersmann auszog und heute dort junge, gutbetuchte Leute (wohnen), 'Yuppies', wie man sie in den späten 80er Jahren nannte", über Neumühlen mit seiner neuen "Schwimmoper..., die nach den Spielen ein großes 'Shopping-Center' mit Wellenbädern werden soll"; Fußwege führen zur Olympiahalle auf dem Heiligengeistfeld und "auf Förderbändern geht es weiter zur Messe, ins Congress-Centrum und in das neue Sportzentrum am Fernsehturm..." - "Ein Traum von Olympia", in dem der Mensch als Individuum nicht mehr vorkommt, nur noch in der Menge von sechzehntausend Sportlern und Betreuern, Zwölftausend in der Olympiahalle, Neunzigtausend im Olympiastadion, das "wie ein riesiger Wachhund" im Herzen der Innenstadt liegt. Der Wachhund, der unerläßliche Bestandteil der bürgerlichen Gesellschaft!



OLYMPISCHE SPIELE IN BARCELONA

19

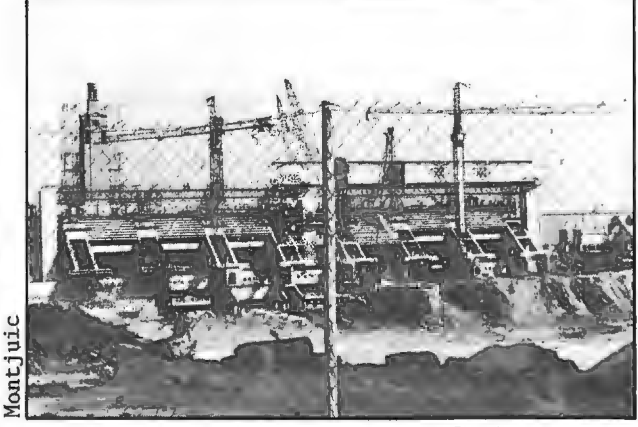
1986 wurde Barcelona zum Austragungsort der Olympischen Spiele 1992 unter 13 Mitbewerbern ausgewählt.
Daß mit Olympia Machtpolitik betrieben wird, ist spätestens seit den faschistischen Spielen 1936 in Berlin klar (und wurde vor wenigen Wochen ein weiteres Mal in Seoul vorgeführt) – daß sich damit auch jede Menge Kohle machen läßt, bewiesen 1984 die "Sponsoren" McDonalds und Coca Cola in Los Angeles, wo sie einen Reingewinn von 215 Mio. US-$ einsackten.
Welche Funktion die Olympischen Spiele aber inzwischen auch für die Kontrollierbarkeit und Neuordnung kapitalistischer Metropolen hat, zeigt das Beispiel Barcelona.

Parallelen zur Bewerbung Hamburgs um die Olympischen Spiele 2004 sind keineswegs zufällig sondern gewollt und wir sollten die entsprechenden Schlüsse daraus ziehen.
Im vergangenen Jahr wurde in Barcelona damit begonnen, ein altes Bario (Stadtviertel) in der Nähe des Hafens zu einem Großteil abzureißen, um den Stadien und dem sog. Olympischen Dorf Platz zu machen.
Pueblo nuevo (oder auch Nou Barris), von seiner Struktur vergleichbar mit Rothenburgsort (jedoch lebendiger und unruhiger) ist bzw. war ein reiner ArbeiterInnenstadtteil, in dem allerdings auch eine Menge alter Fabriken und Lagerhallen angesiedelt war.
Anfängliche Demonstrationen und Widerstandsaktionen gegen die Plattsanierung wurden entweder durch die staatliche Repression oder durch das massiv propagierte neue Wir-Gefühl fast gänzlich erstickt.

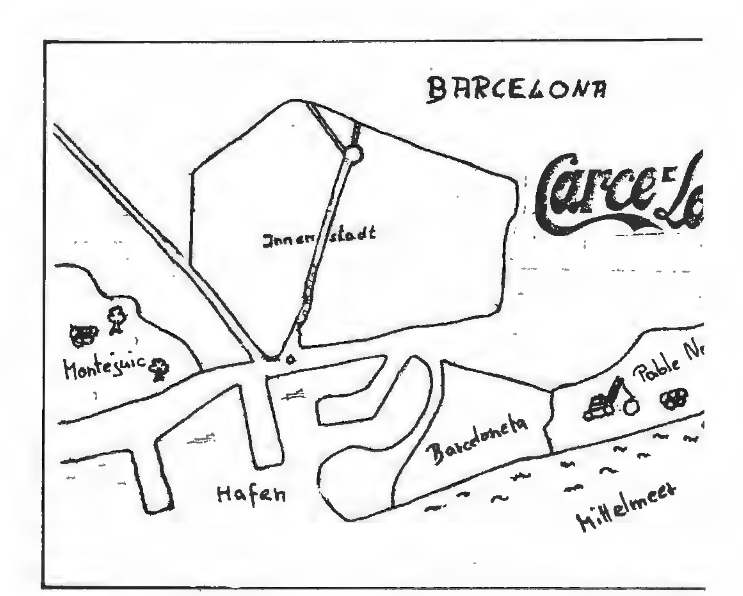
Die Massierung der verschiedenen Polizeikräfte (Guardia Civil, Policia Nacional, katalonische Polizei) um die Baugebiete aber auch im Rest der Stadt ist auffällig.
Die Innenstadt ist bereits und Barceloneta (ein weiterer Stadtteil am Hafen, in etwa vergleichbar mit dem Schanzenviertel) wird aufgemotzt und die Junkies müssen in Zukunft in den Neubaublocks der Randbezirke verrecken, damit die Touristen und die wohlhabenden Einkaufsscharen dieser schreckliche Anblick erspart bleibt.
Zur Zeit arbeiten zwei Gruppen in Barcelona zu dem Thema "Olympische Spiele 1992" sowie zu der geplanten landesweiten -Jahr-Feier der "Entdeckung" Amerikas, die ihren Höhepunkt in der sog. Expo '92 in Sevilla finden soll (eine Art Weltausstellung, deren Motto "die Ära der Entdeckungen" ihren imperialistischen Charakter nur allzu offen darlegt).
Der gewaltigen Propagandawelle der Stadt- und Zentralregierung, des Nationalen Olympischen Komitees und der Sponsorenfirmen Informationen und organisierten Unmut entgegenzusetzen fällt z. Zt. noch schwer, doch der Anfang einer neuen Bewegung ist gemacht und es wäre verwunderlich, wenn die kämpferische Tradition dieser Stadt nicht doch recht bald wieder zum Ausbruch käme.
Der folgende Artikel ist der Zeitschrift "Lletr A " entnommen und wurde von einer der beiden erwähnten Gruppen in Barcelona verfaßt:

"Mit dem folgenden Text wollen wir eine Diskussion anleiern, die es uns erlaubt, die beschleunigte Umstrukturierung Barcelonas und des gesamten städtischen Gebietes unter dem Deckmantel der Olympischen Spiele darzustellen.
Es ist unser Wunsch, zu den Leuten und Gruppen Kontakt zu bekommen, die in dieser Richtung arbeiten bzw. das vorhaben, um über einige Aspekte, die in diesem Text angeführt sind, zu reden.
Ihr könnt uns erreichen über:
Rec. Comtal, 18 1º
08003 Barcelona
Tel.: 315 10 28

Wer Barcelona von früher her kennt, ist heute erschrocken von der schnellen Veränderung, die diese Stadt zur Zeit erlebt. Wo früher Nou Barris stand, kann mensch heute eine quadratkilometer große Baustelle bewundern, umzäunt und bewacht von privaten Wachdiensten.



Bauplatz für Eröffnungsfeier und Stadion



Was repräsentiert Barcelona '92 ?

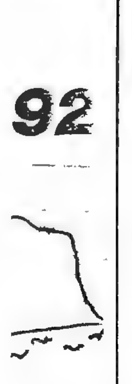
1. Barcelona – ein Schaufenster

Jeden Tag sagen sie uns, daß Barcelona eine großartige Stadt sei und daß man nur die Augen öffnen müsse, um dies zu sehen. So viel öffentliche Plätze wie nie, mehr Grünflächen – alles in allem: Barcelona wird schön!
Aber die Säuberung der Häuserfassaden, jene Arbeit, auf der sie so bestehen , ist das beste Beispiel eines Stadtmodells, was sie uns aufdrängen wollen. Sie säubern die Fassaden, aber das Innere bleibt in den meisten Fällen gleich. So fah-

92



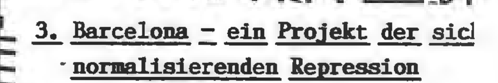
Kampfstätten und Olympisches Dorf




Ehemaliges Stadtbild von Poble Nou

2. Barcelona - ein Projekt der kapitalistischen Modernisierung

Die beschleunigte Umstrukturierung des städtischen Gebietes von Barcelona ist eingebettet in postindustrielles europäisches Projekt bzw. in die internationale Veränderung der Arbeit. So muß Barcelona (ab jetzt: B.) als eines der Produktionszentren die Rolle einer Hauptstadt im tertiären Sektor (Dienstleistungssektor) annehmen. Das erfordert eine entsprechende Angleichung des städtischen Gebietes. Daraus folgt eine Stadtplanung, die eine Einteilung der Bevölkerung vornimmt, entsprechend ihrem sozialen Status und ihrer Stellung, die ihr (der Bevölkerung) in der neuen Hierarchie in diesem tertiären Prozeß bestimmt ist. Das setzt vor allem die Aussonderung der Randbevölkerung voraus, die durch ihr Dasein die Einheit (oder Gleichförmigkeit) der städtischen Bevölkerung beeinträchtigen könnte.
Desweiteren geht man bei, Spielräume zu schaffen, um den Tourismus und die angepaßte Klasse der Barcelonesen zu erfreuen. Dafür ist es notwendig, die ungewünschten Bevölkerungskreise (Migranten, Alte und die sonst im täglichen Lebenskampf Geschädigten) aus der Altstadt zu vertreiben - wie sie es in Bologna und Paris gemacht haben und es z. Zt. gerade in den Docklands von London machen.
Und damit verwandeln sie die gesamte Innenstadt B.'s in ein Zentrum des Kommerzes und der Muße, womit sie einen offensichtlichen Versuch der Privatisierung des städtischen Gebietes versuchen, wie sie es mit den Ramblas schon immer gemacht haben.



3. Barcelona - ein Projekt der sic normalisierenden Repression

Der oft gebrauchte Propagandasprucl von der "Unsicherheit in de Stadt", direkt von den Herrschende herausgegeben, nützt dafür, eine Plan der sozialen Kontrolle in Bewegung zu setzen, der sich z.B. i einer effektiveren Verteilung de Kommissariate und anderer Repressionsorgane ausdrückt.
So wird es 1991 in B. fünf Makrokommissariate geben. Zu den 1 schon bestehenden Kommissariate werden drei neue in Nou Barris, Ciutat Meridiana und Barcelonet hinzugefügt. Desgleichen haben si ein neues Informatikzentrum aufgebaut, das direkt mit dem zentrale Datenspeicher von El Escorial verbunden ist, wo alle aktuellen Polizei-Informationen aus ganz Spanie zusammenlaufen. Mit dieser ganze Konstruktion wollen sie, wie i Rest-Europa auch, zwei Kategorie von Stadtbewohnern schaffen: de "gute Stadtbewohner", der mit de Stadt für deren Funktionieren zusammenarbeitet, und die sozial a Rand Stehenden, deren Verhalten di Regeln dieses ganzen "demokratischen" Spiels in Frage stellt.
In dieser Beziehung stellt de Freiwillige, der unentgeldlich seine Arbeit für das olympische Ganz zur Verfügung stellt, den erste Versuch einer Partizipation de



"guten Stadtbewohner" an diese Firma dar. Die noch offensichtlichere Funktion dieser Hilfsarbeite besteht darin, unabhängig vo Aspekt der Kostensenkung , dem Ganzen ein Bild der Jugend, der Schönheit und der selbstlosen Teilhab zu verleihen.

ren sie fort, aus dieser Stadt ein Schaufenster zu machen, von dem sich einige bereichern, aber in der es immer schwieriger wird zu überleben. Sie wollen eine Hauptstadt als Entwurf der Postmoderne, in der die meisten Projekte, die sie inszenieren, nur den Zweck haben, eine elitäre Kultur zu fördern, an der sich nur die neuen Kulturkommissare gesundstoßen und darüberhinaus eine Werbekampagne für eine Stadt darstellen, die sich in ein Schauspiel und ein Schaufenster verwandelt.
Auf der anderen Seite fördern sie die Produktion einer miserablen Massenkultur, begreifbar als Spielwiese, um die soziale Aggression umzuleiten und zu kontrollieren.
Eine Spielwiese, mit der sie jede Form der Gemeinschaft zurückdrängen wollen, indem sie ein passives Verhalten fördern. In diesem Schaufenster Barcelona läßt man uns nur als Zuschauer zu und wenn wir selber mitspielen wollen und dabei die Regeln, die uns von den Mächtigen aufgedrückt werden, überschreiten, treffen wir als bald auf die offene Repression.

BARCELONA

Aber gleichzeitig sollen sie dazu dienen, ein günstiges Klima vorzubereiten für die Schaffung von Truppen von Freiwilligen, die sich der "sozialen Arbeit" widmen. Angesichts der steigenden Notwendigkeiten in diesem Sektor, den sie gemeinschaftliches Leben nennen, wird der die soziale Freiwillige mit jedem Mal immer mehr wichtige Funktionen innerhalb der Gestaltung moderner Gesellschaften erfüllen, und zwar sowohl in ökonomischer als auch in ideologischer Hinsicht. "Wir werden wohltätig, um den Armen zu helfen, die zu beschränkt sind, um so ein schönes Leben führen zu können wie das unsere und denen, die das Glück verlassen hat."
Und für die, die sich nicht normalisieren lassen wollen, indem sie durch die olympischen Ringe sehen und dieses Teilhabemodell und diesen Lebensentwurf zurückweisen, ist das reserviert, was die Macht schon immer für die Rebellen vorgesehen hat: der Knast, die Psyche, die Drogen und all die anderen Formen, die die Subjektivität zerstören.

4. Die Olympischen Spiele – was bedeuten sie ?

Die Olympischen Spiele (ab jetzt: O.S.) reihen sich klar in diesen ganzen Prozeß der Modernisierung B.'s ein. Die Olympiade wird ein Ritual sein, das das Tor für eine neue Etappe der Akkumulation des Kapitals öffnet, mit Hilfe der politischen Kräfte.
Nicht umsonst haben sie unter dem Vorwand der O.S. die Arbeit an der Infrastruktur, die Einführung neuer Techniken usw. vorangetrieben.

5. Der große Deal für einige Wenige

Obwohl es sehr einfach erscheinen kann, aber niemand kann behaupten, daß die wahre Bedeutung der O.S. ein Spektakel des Defizites ist, das von allen getragen werden muß (Steigen der Tafife und der kommunalen Steuern, die Wohnraumspekulation usw.). Trotzdem sind die O.S. ein Geschäft – für einige wenige transnationale Konzerne (der Informatik, der Telekommunikation, der Verpflegung, der Sportbekleidung und der Leiharbeitsfirmen)!
Tatsächlich sind die O.S. ein Manöver, ein Ansteigen der Vermögen und Dienste zu erzeugen, die ein Anwachsen der privaten Akkumulation des Kapitals bewirken und was aus der öffentlichen Hand abgezogen wird, die gleichzeitig ihre Sozialleistungen kürzt.
Auch nicht die falsche Hoffnung auf die Arbeitsplätze, die sie vorgeben zu schaffen, kann verheimlichen, daß es sich um prekäre (unsichere) und zeitlich begrenzte Arbeitsplätze handelt, zu den schlechtesten Arbeitsbedingungen und schlecht bezahlt. Außerdem bedeutet es ein enormes Defizit für die Stadtkasse (laut offiziellen Voraussagen beläuft sich das Defizit, was auf die Stadt B. zukommt, auf 10 Mio. Pesetas – ca. 200.000 DM –, wenn alles glatt geht).

6. Förderung des Sport-Showbiz und der Elite

Während der Mangel an Sporteinrichtungen für den öffentlichen Gebrauch nach wie vor weiterbesteht, wächst eine Konstruktion von Stadien und olympischen Dörfern, deren Gebrauch der Wettkampfelite vorbehalten ist. Ein Sport, der den Geschäftsinteressen der Förderfirmen nutzt, professionalisiert sich und während sie uns gleichzeitig als sportliche Helden repräsentiert werden, verwandeln sie sich in Wettkampfmaschinen vollgepackt mit Anabolica.

7. Schaffung eines Gemeinschaftsgefühls

Die O.S. erscheinen zu einem Zeitpunkt, in dem die großen Projekte der sozialen Umstrukturierung im Niedergang begriffen sind. Allein bleibt der beinahe ruhige Wandel, dessen Grenzen klar geworden sind. In dieser Situation ohne Zukunft erscheinen die O.S. wie eine kollektive Hoffnung. Dank an sie, wir können uns wieder mit unserer Stadt identifizieren und mit unserer Mannschaft. Front gegen die Härte des Alltagslebens. So ein Bewußtsein verkaufen sie uns.
Unfähig, wir selber zu sein, unfähig, unsere eigene Isolation zu durchbrechen, drängen sie uns eine Illusion auf, an die wir uns halten. Aber die O.S. sind ein Betrug, ein Spektakel, was eine Beteiligung ausschließt, eine künstliche Euphorie, die das Leben außen vor läßt.
Die O.S. von 1992 repräsentieren für B. die Modellfunktion einer "modernen" Stadt, Ergebnis einer bestimmten Idee von Fortschritt.
Dennoch – trotz all der öffentlichen Verblendung und all des Luxus offenbart sich in der Realität täglich das Elend: für die Armen, für die Alten und die Arbeitslosen verschlimmert sich jeden Tag die Situation.
Die Immobilienspekulanten dagegen erwachen aus ihrer Lethargie und erleben einen Aufschwung wie in den 60ern.
So verwandelt sich B. dank der O.S. in eine teure und elitäre Stadt, wiedererobert von den Privilegierten.

Wir glauben aber, daß die O.S. auch für uns, die sich diesem Ganzen widersetzen, einen wichtigen Moment darstellen, indem sie ein neues Ziel im Kampf darstellen.
Wir müssen es wagen, unsere Isolation zu durchbrechen.
Die O.S. stellen eine einzigartige Möglichkeit dar, neue Formen des Widerstands auszuprobieren und klarzumachen, daß wir nicht tot sind.
Letztendlich werden wir sehr laut schreien müssen, daß es auch ein anderes Barcelona gibt!"

(Vielen Dank an S. für die Übersetzung, die Red.)

BAUSPIELPLATZ IM SCHANZENVIERTEL -

In der Öffentlichkeit des Viertels ist es um den Platz sehr still geworden. Ab und zu mal ein Stand am Schulterblatt, immer mal wieder ein Info-Zettel am Eingang.
Wer länger hier wohnt weiß, daß das mal anders war: 1982 als Initiative von einigen Eltern ins Leben gerufen, reifte die zunächst leere Fläche nach und nach zu einem Bauspielplatz heran, immer in Auseinandersetzung mit Politikern und Behörden. 1986 war das "Schicksalsjahr": Es wurde ein Bebauungsplan verabschiedet, der den Platz festschrieb, wenn auch auf drastisch verkleinerter Fläche. Alle Einwendungen von Bürgern (weit über 1oo) wurden damit vom Tisch gewischt. Als Trostpflaster sollten wir immerhin noch 4oo qm von dem damaligen Taxengelände dazubekommen. Im übrigen wurden uns die heissersehnten Planstellen- sozusagen eine Garantie für den Fortbestand des Platzes- in Verbindung mit einem 500.000 DM Spielplatzhaus zugesagt (finanziert überwiegend aus Bundesmitteln).
Dieses Ergebnis wurde von uns als Niederlage aufgefasst. Trotzdem entschlossen wir uns weiterzumachen. Die Zeit seit dem wurde zunächst von einem Thena beherrscht: Hausbau. Keiner von uns hätte geahnt, wieviel Aufwand so ein Bau kostet. Obendrein machte das Bauunternehmen jede Menge Mist, was zusätzlich Zeit und Nerven kostete. Eigentlich sollte schon vor einem Jahr (!!!) Einweihung sein. Aber erst jetzt ist alles soweit fertig. da wir von vornherein der Meinung waren, dass wir keine Verlagerung von Aktivitäten vom Platz ins Haus begünstigen wollen und das Haus nur als Erweiterung der Platzarbeit ansehen, ist klar, dass wir mit Öffnungszeiten sehr zurückhaltend umgehen wollten. Dieser Vorsatz wurde nun aber von einem weiteren Ereignis unterlaufen: Wir sind unversehens Mittelpunkt eines mittleren Umweltskandals geworden.
Es ging los auf dem Teilsück der Taxenfläche, das wir bekommen sollten. Abbruch und Planieren der Fläche (Garagen und Kfz-Werkstatt mit Zapfsäule von Mirsaidi) gingen bemerkenswert schnell von sich. Da wir wussten, dass der Vorbesitzer in keiner Hinsicht ein Engel war (es kurisieren üble Geschichten über seine Arbeitgebereigenschaften, und die zeitweiligen Rauchsäulen über seinem Gelände verhiessen auch in Sachen Umwelt nichs Gutes), nahmen wir die planierte Fläche näher in Augenschein und siehe da: Wir waren stolze Entdecker zweier Ölquellen. Herr Mirsaidi hatte offenbar in seiner Eile vergessen, Ölabscheider und Öltank mitzunehmen. Auch die Probenahmen der Umweltbehörde ergaben, daß ein Erdaustausch unvermeidlich ist. (Abgesehen davon: Wochenlang stank die Fläche nach Öl und in den Krater, der beim Entfernen des Tanks entstanden war, floss unablässig von der Seite das Öl aus dem Erdreich...). Soweit wir wissen, läuft mittlerweile ein Ermittlungsverfahren.

Fazit: An einen kleinflächigen Austausch ist nicht zu denken. Die ganze Fläche muss bis 1 m Tiefe behandelt werden. Vor Frühjahr 1989 ist an irgendwelche Erdarbeiten nicht zu denken... Völlig unklar ist bisher, wie die Sanierung überhaupt vor sich gehen soll. Bis heute gebe es kein Verfahren für die "Wäsche" von derartig verseuchtem Schutt, teilte uns der Vertreter der Abteilung "Altlastensanierung" mit. Deponieren sei ebenfalls problematisch.... Egal wie: die Kosten dürften in die Hunderttausende gehen.
Was können wir tun?
Zunächst mal müssen wir dringend auf die Erfahrungen zurückgreifen, die wir in den letzten 6 Jahren gemacht haben: Bei Behörden geht es nur schnell, wenn man Dampf macht!!! Diese Einsicht wurde leider in letzter Zeit etwas vernachlässigt.

FRUST OHNE ENDE

Aber das war erst der Anfang!
Im Mai begannen die Erdarbeiten auf unserem bisherigen Gelände. Die dicken Betonplatten, die einen grossen Teil der Flächen knapp unter oder über der Erdoberfläche bedeckten, wurden aufgebrochen und aufgehäuft. Damit war der Weg frei für Bodenproben auch auf diesem Teil der Spielplatzfläche. Und siehe da: Bodenschätze! Nochein Ölabscheider und jede Menge Blei (siehe Faksimile).Ziemlich lange hatte man im Bezirksamt Eimsbüttel wohl gwehofft, mit einem kleinflächigen Erdaustausch hinzukommen. So wurden noch weitere Proben genommen. Während dieser ganzen Zeit waren wir mehr oder weniger zum Warten verurteilt, da nicht absehbar war, wo überall ein Austausch stattfinden müsste. Die Aktivitäten wurden immer mehr nach aussen verlagert: Ausflüge, Kino- und Schwimmbadbesuche usw.
Seit dem 14.1o. haben wir nun wenigstens in einem Punkt Klarheit, und was für eine! Dort fand endlich das von uns geforderte Gespräch mit Vertretern aller beteiligten Behörden statt: zum Beispiel Umweltbehörde, Amt für Stadterneuerung, Gesundheitsbehörde, Jugendbehörde usw.

Weiterhin werden wir versuchen, ganz gegen unsere ursprüngliche Absicht, das Haus stärker in das Notprogramm einzubeziehen. Auch die Nutzung der Fahrradwerkstatt auf der verseuchten Fläche scheint uns vorübergehend akzeptabel. Noch ein Wort zur personellen Situation. Auch die ist nicht so rosig. Die beiden Planstellen,die wir in diesem Jahr bekommen haben, sind mit Andreas und Martina besetzt, zusätzlich haben wir drei ABM- Stellen, die alle Anfang 89 auslaufen. Da Martina für ein Jahr Mutterschaftsurlaub in Anspruch nehmen wird, ist von den " alten " Betreuern erstmal nur Andreas da. Wer die Vertretung für Martina macht, ist noch unklar.
Tatsache ist, daß drei von unseren Betreuern, die sich ja mal für einen Bauspielplatz beworben hatten, bisher die Freuden des Bauspielplatzlebens überhaupt nicht kennengelernt haben: erst Abbruch alles bestehenden, dann provisorischer Betrieb auf halber Fläche, als Krönung dann Schließung des Platzes für voraussichtlich insgesamt ein Jahr!!! Hinzu kommt das überproportionale Anwachsen der Papierarbeit. Alles in allem eine trostlose Bilanz, die vielleicht auch ein bißchen das lange Verschwinden in der Versenkung erklären kann...Erklären, nicht entschuldigen.

Helmuth

Blei-Verteilung im Oberboden (1. Horizont)

N

0 1.5 3 4.5 6 7.5 9 10.5 12 13.5 15 16.5 18 19.5

Rechts

.otted.

• = < 100 mg/kg
O = > 100 mg/kg = > O-Wert
N = > 300 mg/kg = > N-Wert
D = > 500 mg/kg = > D-Wert
T = >1000 mg/kg
A = >3000 mg/kg = > A-Wert

Tabelle 2. Zur Zeit in der AG Nutzungsplanung der FHH diskutierte vorläufige Orientierungs- und Schwellenwerte für Schwermetallgehalte in Böden

	Zn	Cu	Pb	Cd	Cr	Ni	Hg	As
	mg/kg							
O-Wert	300	100	100	1	100	50	2	20
N-Wert	500	100	300	2	100	100	2	40
G-Wert	1000	300	300	5	200	200	5	50
D-Wert	2000	(500)[1]	500	10	200	300	5	50 [25][2]
A-Wert	2000	3000	3000	40	500	(4000)[3]	200	100

Orientierungswert (O)
Schwellenwerte für den Nahrungspflanzenanbau (N), für das Grundwasser (G)
für die menschliche Gesundheit auf Dauer (D), akut (A)
[1] Der Wert ist zum Schutz der biologischen Aktivität und Vegetationsvielfalt der Böden festgelegt und nur für Neuplanungen relevant.
[2] Für Böden von Kinderspielplätzen
[3] Aufgrund der spärlichen Datenlage sehr unsicherer Wert.



UNTERM HAMMER

VON DER GRÜNEN WIESE ZUM PROLETARISCHEN STADTTEIL

Das Gebiet des heutigen Stadtteils St. Pauli (Nord und Süd) lag bis 186o außerhalb der alten Befestigungsanlagen Hamburgs. Es wurde funktional bestimmt durch die Verkehrswege, die von Hamburg nach Altona führten. Frühzeitig wurde der südliche Bereich St.Paulis ausgebaut (Reeperbahn). An dieser Hauptstraße nach Altona wurden neben Wohnhäusern Gebäude für Gewerbe (Hafen) und für Unterhaltungsgewerbe (Zirkus, Variete) errichtet. Die Befreiung von Steuern und vom Zunftzwang, der im inneren Stadtgebiet bestand, begünstigte diese Art der gewerblichen Nutzung.
1859 wurden die Reste der ehemaligen Hamburger Befestigungsanlage am Holstenor aufgelöst und eine weitere Verbindungsstraße nach Altona ausgebaut (im Verlauf der heutigen Feld- und Stresemannstraße).
Zur gleichen Zeit machte die Stadt mit dem Anachronismus Schluß, abends zum Sonnenuntergang die Zufahrtswege in die Stadt zu sperren und Eineisende um eine Torgebühr zu erleichtern.
Beides begünstigte die kapitalorientierte Nutzung des Bodens in den Vorstädten für Gewerbe- und Wohnzwecke; heftiger ausgedrückt: Es kam zu einem Spekulations- und Bauboom, der selbst bürgerliche Moralisten vor Scham erröten ließ.
Die zunehmende Bevölkerung der Stadt im Zuge ihrer Industrialisierung und der Industrialisierung von Altona, der Brand in der Innenstadt von 1842, die "Sanierungsmaßnahmen" in der Stadt seit den sechziger Jahren ließen die Nachfrage nach Wohnraum in die Höhe schnellen und maximale Rendite garantieren. Die freistehenden Flächen boten sich geradezu zur Dichtbebauung an: Wohnten 1871 erst 34.ooo Menchen in St.-Pauli, waren es zwanzig Jahre später bereits 72.ooo, 191o dann 75.ooo. Dies war eine Steigerung von über 1oo% in einem Zeitraum, der - bevölkerungsstatistisch gesehen - gerade eine Generation ausmachte. Hinzu kamen die Menschen, die in diesem Gebiet zwar nicht wohnten, sondern nur arbeiteten, damit aber trotzdem diesen städtischen Raum nutzten. Um die Hunderttausend schwankte diese Zahl.

Die Zahl der Bewohner stieg überproportional im Vergleich zur Innenstadt Hamburgs; ebenso überproportional stieg die Zahl der Wohngeschosse in den Mietshäusern, die Grundstückspreise überschlugen sich.
Nur von den Grundstücksgrenzen und äußerst zurückhaltenden Bauvorschriften eingeschränkt, von keiner vorhandenen Bebauung eingeengt, bot insbesondere das Gebiet westlich und nördlich des Heiligengeistfeldes (St.-Pauli-Nord) den Architekten und Grundstücksspekulanten ein Experimentierfeld, auf dem sie ihre Vorstellungen darüber ausleben konnten, wie die Arbeiter und Angestellten der Industrie- und Handelsbetriebe zu wohnen hatten.
Zwar war der Hinterhof als Standort für Mietshäuser nicht neu, originär war aber der Gedanke, daß sich der Hinterhof nicht nur dazu eignete, traditionelle, eingeschossige Häuser ("Buden") zu bauen, sondern Platz bot für drei- bis viergeschossige Mietskasernen, bei denen auch noch Kellerräume - wenn auch nicht immer zu Wohn-, dann doch zu Gewerbezwecken - genutzt werden konnten. Was dabei herauskam, zeigen heute noch die erhalten gebliebenen Reste der Jägerpassage.
Die Häuser in der Jägerpassage waren in den "Gründerjahren" des letzten Jahrhunderts von einem Ableger der Patriotischen Gesellschaft, der "Baugesellschaft von 1866", errichtet worden. Dabei scheute sich diese Gesellschaft nicht, sich ein sozial-caritatives Mäntelchen umzuhängen, als sie verkündete, sich an der " Herstellung gesunder Wohnungen in thunlichster Nähe der Arbeitsquartiere" beteiligen zu wollen.
In den nächsten Jahren sollte ein Netz von Terrassen-Wohnhäusern den gesamten Stadtteil überziehen. Ausgehend von der Wohlwillstraße (damals: Jägerstraße) breitete sich der Wohnhofbau nach Norden (heutige Schanzenstraße, Bartelsstraße, Schulterblatt) und nach Süden (Talstraße, Seilerstraße usw.) aus. Was sich als Baugrund eignete, sollte auch als solcher genutzt werden. Erst ein Gesetz von 1882 schränkte die Beliebigkeit des Wohnungsbaus ein: Die Geschoßhöhe der Hinterhofhäuser wurde auf drei Etagen begrenzt, Kellerflächen durften nicht mehr zu Wohnzwecken hergerichtet werden. Aber die Hinterhöfe mit ihren kleinen Wohnungen, schlechten Licht- und Entlüftungsbedingungen, engen Treppenhäusern, minimalen Sanitäreinrichtungen und maximaler Materialeinsparung (dünnwandige Häuser) blieben.
Wie sah die Wohnsituation damals aus?

WOHNEN UNTER KAPITALISTISCHEN BEDINGUNGEN

Von den 191o gezählten ca. 17.ooo bewohnten Wohnungen in St.Pauli waren ca. 1.o4o Kellerwohnungen; über 5.ooo Menschen, d.h. fast 1o% der Wohnbevölkerung, lebten in diesen Löchern. Für diese 17.ooo Wohnungen waren über 18.ooo Haushalte ausgewiesen - nicht wenige Wohnungen dienten also mehreren Familien als Unterkunft; in zwei bis drei Zimmer großen Wohnungen lebten Familien mit 9, 1o, ja 11 Angehörigen, bei anderen, kleineren Familien fanden Schlafgänger ihren Bettplatz (einige Tausend in St.Pauli). Und das alles in Wohnungen, von denen ca. 25% nur ein, weitere 3o% nur zwei beheizbare Zimmer vorwiesen; knapp 1o% besaßen ein eigenes Bad (Vorderhäuser) - usw., usf.
Diese Situation mag sch in den 2oer Jahren entspannt haben, die Größe der Familien reduzierte sich, die Bewohnerzahl des Stadtteils wurde kleiner (1929 wurden ca. 7o.ooo Menschen in St.Pauli gezählt) - und trotzdem, die Wohnungsnot blieb bestehen.

ST.PAULI: NORD-SÜD

Zwei Entscheidungen waren es in den 8oer Jahren des letzten Jahrhunderts, die für St.-Pauli-Süd und -Nord weitreichende Bedeutung erhalten sollten:
- In Süd wurden Ende der 8oer Jahre die Gewerbeeinrichtungen der Seilmacher (Reeperbahn) aufgelöst, eine neue Straße ins Viertel gelegt (Seilerstraße) - und das Gebiet für das Vergnügungs- und Unterhaltungsgewerbe freigegeben; es setzte ein Bauboom für entsprechende Etablissements ein, die mit ihren inhaltlichen Darbietungen mehr und mehr touristisch ausgerichtet wurden und verstärkt neue bürgerliche Besucherschichten - und auch proletarische, die jenen nacheiferten - anlockten: Großbrauereien, Banken und Aktiengesellschaften stiegen um diese Zeit verstärkt in das Geschäft mit der leicht verdienten schnellen Mark ein.
- In Nord kam zu der 1864 eingerichteten Rinderauftriebsstelle auf dem Heiligengeistfeld drei Jahre später eine Marktanlage für Kälber und Schweine südlich des (heutigen alten) Sternschanzenbahnhofs, 1888 wurde dann mit dem Zentralschlachthofbau begonnen, der in den folgenden Jahrzehnten den nördlichen Teil St. Paulis gewerbemäßig dominierte.

Insgesamt war das Gebiet von St.Pauli von kleineren und mittleren Fabrikbetrieben durchsetzt, die sich in der Regel in den Hinterhöfen niedergelassen hatten, teilweise gemischt mit den Hinterhof-Wohnhäusern. Es waren überwiegend Betriebe, die - im Norden S.Paulis - dem Schlachthof zuarbeiteten und die dort hergestellten tierischen Produkte weiterverarbeiteten oder - im Süden St.Paulis - für die Betriebe im Hafen arbeiteten (Schiffsausrüster, Lagermaterial, Fischereihafen).
Hinzu kam eine große Anzahl von Kleingewerbetreibenden, die der Versorgung des Stadtteils dienten und in vielen Fällen in den nicht bewohnbaren Kellerräumen der Mietshäuser untergebracht waren. Die wenigen Großbetriebe wie die Klavierfabrik Steinway, die Maschinenbaufirma im Karo-Viertel und die Brauerei in St.Pauli-Süd verloren sich zahlenmäßig in diesem Gewirr von Wohnen und Gewerbe - der Stadtteil hatte sich um die Jahrhundertwende zu einem der am dichtesten bewohnten und gewerblich genutzten Teil der Stadt entwickelt.



"NEUBEGINN" NACH 1945

Während des Zweiten Weltkrieges wurden auch in St. Pauli eine große Anzahl von Wohn- und Gewerbegebäude zerstört, wenn auch nicht in dem Umfang, wie ihn andere Stadtteile erlitten (Rothenburgsort, Hamm, Barmbek). Die - relativ gesehen - besser erhaltene Infrastruktur bot sich an für einen schnellen Neubau von Wohnhäusern, um die Kriegszerstörungen an Wohnraum zu beheben. Daraus ergab sich - von der stadtplanerischen Seite her gesehen - ein ungeordnetes Neubebauen von freigelegten Trümmergrundstücken. Unberücksichtigt blieben vor allem die Folgen, die die in den fünfziger Jahren für die BRD festgelegte Verkehrspolitik nach sich ziehen mußte.

Im Mittelpunkt sollte der Individualverkehr stehen, was einen erhöhten Bedarf an Verkehrsraum nach sich zog: Die Straßenplanung und der Straßenbau rückten immer mehr in den Mittelpunkt stadtplanerischen Gestaltens. Das um so mehr, als in Hamburg über Jahrzehnte hinweg, ja, noch mit dem großen Flächennutzungsplan von 1972, die Idee, die Stadt nach ihren Funktionen räumlich aufzuteilen, favorisiert wurde.
"Im Mittelpunkt der städtebaulichen Planung in Hamburg", so der Senat über besagten Flächennutzungsplan, " soll der Mensch nach seinen Bedürfnissen und Wünschen für das Wohnen, die Arbeit, die Bildung, die Freizeit und die Kommunikation stehen." Und: "Die Verknüpfung der städtischen Funktionen setzt ein langfristiges Verkehrskonzept voraus..."

INTERMEZZO

Es regnete `mal wieder in Strömen. Das Jazz-Konzert im NRD-Studio in der Oberstraße war mit zwei agetrotzten Zugaben zu Ende gegangen, wir standen unter dem Vordach der ehemaligen Synagoge und warteten, bis unser Wagen in der schmalen Straße sichtbar wurde.
Kaum hatte er gehalten, spurteten wir los - Türen aufreißen und sich in den Wagen schmeißen war eins.
Während B., die es als professionelle Taxifahrerin nicht lassen konnte, auch privat hinterm Steuer sitzen zu wollen, strafend ihre braunen Augen auf uns richtete (ich meinte die Worte zu hören, wir sollten den kostbaren Wagen nicht verdrecken), meuterte J. plötzlich los, sie solle sich endlich `mal `ne größere Karre leisten; er habe es satt,immer erst die Schuhe ausziehen zu müssen, um überhaupt in den Wagen zupassen. Die Bierdose im Handschuhfach lenkte ihn dann ab.
Weiterer Protest ging im Schnellstart unter, den B. hinlegte, die Reifen zum Jaulen brachte und uns fluchen ließ (T. versuchte sein Motorrad-Trauma einzubringen, aber da waren wir schon im Mittelweg).
Nach ein par Minuten hatten wir die Autobahnauffahrt zur Kerntangente erreicht, mußten aber eine Zeitlang warten, bis wir uns in den aus dem Alstertunnel kommenden Verkehr einfädeln konnten. Bei Kino- oder Konzertschluß war abends auf dieser Strekke immer der Teufel los - entsprechend verhielt sich B. Kaum hatten wir die Autobahnstrecke entlang der ehemaligen Moorweidenstraße und An der Verbindungsbahn mit Hundert abgespult, verpennte sie die Abfahrt Karolinenstraße.
U. wünschte sich, auf ihrem Fahrrad zu sitzen. "Aber doch nicht auf der Autobahn!" meinte B. ernsthaft - rechts wurde hinter ein paar stehengebliebenen Bäumen die finstere Fassade des Wasserturms sichtbar.
"Einfach unverkäuflich, das Ding", kommentierte F., tippte B. freundlich auf die Schulter und schlug ihr vor, doch den Blinker wieder auszuschalten. Er habe wenig Lust, irgendwo über die Osttangente nach Rahlstedt zu fahren. Ob sie vielleicht ein wenig unkonzentriert sei?
B. strafte wieder braunäugig, während sie aber doch die Abzweigung zum Isebek-Tunnel, die sich auf der ehemaligen Vereinsstraße breit machte, ausließ.
Im sanften Bogen fuhren wir an der Sternbrücke rechts über die Stresemannstraße und nahmen die Abfahrt hinterm Holstenbahnhof. Im Schleichtempo ging es dann über verkehrsberuhigte Straßen ins Viertel

"Euch fahr ich nie wieder", sagte B. zum Schluß. Aber da stolperten wir bereits über das Kopfsteinpflaster des Schulterblatts in die bekannte Kneipe einer griechischen Großfamilie.

FLÄCHENPLANUNGEN IN DEN 60ER JAHREN

Szenario Nunzehnhundertwann? Allen Ernstes hatten sich bereits 1960 (Aufbauplan vom 16.12.1960) Stadt- und Verkehrsplaner Gedanken darüber gemacht, die Stadt mit einem Autobahnnetz zu überziehen. Der Flächennutzungsplan vom 2.6.1972 übernahm - unter Vorbehalt - diese Spielereien.
Das Verkehrssystem der ausgebauten funktionsgerechten Stadt hätte seinen Tribut gefordert: Der Schanzenpark wäre zur Durchfahrtsschneise der Autobahn geworden, das Stadtgebiet Schanze-W.e.s.t. unter der Osttangenten-Abzweigung verschwunden (Altonaer-, Vereins-, Fettstraße) bzw. auf ein paar Wohnhäuser reduziert worden (mit Blick auf die Autobahn). Eine nicht unerhebliche Anzahl von Menschen hätte ihr Wohnviertel verlassen müssen, um der Verwirklichung der "humanitären Ansätze (des) Aufbauplans 60", verbunden mit den "Werten einer wohlverstandenen Urbanität" des Flächennutzungsplans von `72 Platz zu machen.
Diese größenwahnsinnige Planung hätte jedoch nur Sinn gehabt, wenn auch die materiellen Voraussetzungen stimmten, d.h., wenn in der Stadt weiterhin mit einem Wirtschaftswachstum zu rechnen gewesen wäre. Und auf Wirtschaftswachstum wurde vom Senat gesetzt - das zeigen die Planungen, die in den Bereich der Unterelbe-Industrialisierung fallen. Auf sie war auch die großzüge Verkehrsstrukturpolitik ausgerichtet (Autobahn Hamburg-Flensburg, Elbtunnel und Autobahn Hamburg-Kiel), der der Stadtverkehr angeglichen werden sollte (Kerntangente durch die Innenstadt, Osttangente als Flughafenanbindung).
Aber die Pläne gingen nicht auf: Wirtschaftskrise, Strukturkrise usw. Zumindest waren sich die Planer im Rathaus klar darüber, daß ihr Machwerk keine Chance zur Verwirklichung mehr hatte, als es 1972 zur Abstimmung in der Bürgerschaft vorgelegt wurde. Die Diskussionen verliefen inzwischen anders, die "weichen" Standortvorteile eines Wirtschaftszentrums gewannen an Bedeutung, die Worte "Lebens-" und "Wohnqualität" machten die Runde - während die Bevölkerung der Stadt sich am Stadtrand in Hochhaus- und Reihenhaus-Siedlungen niederließ.

VON DER FLÄCHENSANIERUNG ZUR STADTERNEUERUNG

Aus Flächensanierungen wurde Sanierung in kleinen Schritten, plötzlich sollte das erhalten werden, was man gestern noch unter Autobahntrassen verschwinden lassen wollte.
Schon 1967/68 waren durch Untersuchungen der GEWOS die "Sanierungsgrundlagen" für den Stadtteil St.Georg erarbeitet worden, 1971/72 ging es um die Innenstadtbereiche und um St.Pauli. Mit speziellen Fragebögen wurden Informationen über die Beschaffenheit der Grundstücke, der Häuser und der Wohnungen erfragt. Nicht mehr um die radikale Trennung von Arbeits- und Wohnbereichen ging es den Planern, sondern um ein Nebeneinander, ohne sich gegenseitig all zu sehr zu stören. Die alte Bausubstanz sollte erhalten werden, der Neubau kam zu teuer, ließ sich immer immer schwerer vermarkten bzw. erforderte hohe Staatszuschüsse.
Dieser Umdenkprozeß brauchte seine Zeit. Nach wie vor galt die Flächensanierung von Stadtgebieten als hoffähig. Bausenator Meister meinte 1971 immerhin noch, daß von den 90.000 Wohnungen in der City und den innerstädtischen Gebieten 35.000 "durch Abriß saniert" werden müßten, also ca. 40% von der Gesamtzahl! Entsprechend sah auch das Ergebnis aus, das aus einem Planungsbettbewerb um die Neugestaltung der Gebiete der westlichen Innenstadt 1972 hervorging. Wie bisher ging man davon aus, daß in diesem Gebiet, das von der Neustadt über St. Pauli bis zum östlichen Teil der Altstadt Altonas reichte, ca. 55.000 Menschen leben sollten - für über 100.000 waren hier langfristig Arbeitsplätze vorgesehen.

SCHÖPFERISCHE INITIATIVEN AM RANDE DER LEGALITÄT

Das traditionelle enge Nebeneinander von Arbeiten und Wohnen sollte also bleiben, vorher sollte aber strukturiert werden. Die bestehenden Wohn- und Gewerbehäuser sollten bis zu 2o Stockwerken hohen Gebäuden Platz machen, Fußgängerwege verästelten sich netzartig in Höhe der ersten Stockwerke über den Fahrverkehr - die Phantasie der Stadtplaner tobte sich aus am Hafenrand und Pinnasberg, am Großneu-, Fisch- und Neuen Pferdemarkt. Hochhäuser mit 16 und 22 Stockwerken am St.-Pauli-Fichmarkt mit Läden, Kneipen und Büros für den Passagier-Schiffsverkehr als Publikums- und Touristenschwerpunkt, Neubau für das gesamte Pinnasberg-Gebiet, die Kombination von Laden-, Büro- und Wohnraum am Großneumarkt, Abriß und Neubau an der Schilleroper und am Hein-Köllisch-Platz usw.

Fortschrittlich gaben sich dabei noch die Stadtarchitekten, denen aufgefallen war, daß das Abrißbegehren für Wohnhäuser. wie es die Baubehörde vorgetragen hatte, in Teilen des Sanierungsgebietes St.Pauli unverhältnismäßig hoch, "zu rigoros", war. Stattdessen wollten sie lieber bestehende Wohnblocks erhalten, sie behutsam und in Etappen erneuern und in eine Neubebauung einbeziehen...

... ganz im Sinne des damaligen Vorsitzenden des Bauausschusses, J.Leyding (SPD), und des Geschäftsführers des Hamburger Grundeigentümerverbandes, R.Sasse. Wollte ersterer mit privaten Initiativen "wie in Paris und in London mit unkonventionellen Bauprojekten eine Sanierungswelle" auslösen, sah letzterer sein Hauptanliegen darin, "die schöpferische Initiative (zur Sanierung) am Rande der Legalität zu wekken." Also nicht in einem Zuge großflächig sanieren, zumal dazu die finanziellen Mittel fehlten, sondern Zeichen setzen, um eine Entwicklung voranzutreiben, nach marktwirtschaftlichen Kriterien natürlich. Gesagt, getan.

St.-Pauli-Süd war als vorrangiges Sanierungsgebiet auserkoren worden. 1972 fielen zwischen Hexen- und Pinnasberg die ersten Häuser, über die alten Straßenzüge hinweg wurde geplant und neugebaut, schon 1973 war Einzugstermin für die ersten der am Hexenberg vorgesehenen 446 Neubauwohnungen. Einige Jahre später folgte das Gebiet um den Brunnenhof.

War vor Beginn der Abbrucharbeiten zwischen Pinnas- und Hexenberg 8o Mietparteien gekündigt worden, so interessierten sich nur noch 5o von ihnen für die neuerrichteten Wohnungen, das sind etwa 6o% der ehemaligen Bewohner (wobei nicht klar ist, ob sie wirklich alle dort eingezogen sind).

Wo sind die anderen geblieben?

Am Brunnenhof sah es ähnlich aus. Nur "etwa die Hälfte" der ehemaligen Bewohner hat sich 1981 nach Abschluß der Modernisierungsarbeiten wieder in ihre alten Wohnungen niedergelassen.

Und die anderen?

Nicht, daß die Stadtplaner n i c h t gewußt hätten, was die Sanierung eines Wohngebietes für die dort lebenden Menschen bedeutet.

STADTSOZIOLOGIE

Was wir an Stadtteilveränderungen vor unserer Haustür sinnlich wahrnehmen, sei es Abriß, Neubau oder Verkehrsplanung, geschieht seit einigen Jahrzehnten weltweit in allen größeren Städten der hochindustrialisierten Staaten: Boston, Chicago, New York, London, Birmingham, Paris, Frankfurt, Berlin usw.

Es sind dies nichts Anderes als die direkten Zugriffe auf die überkommenen Reproduktionsbedingungen der arbeitenden Menschen, die von den politischen Interessenvertretern der kapitalistischen Systeme durchgezogen werden. Ihr Ziel: Die Menschen in Gänze den Konsumzwängen zu unterwerfen, sie in produktive und unproduktive Mitglieder der Gesellschaft zu separieren und sie ordnungspolitisch zu kontrollieren. Die Wissenschaft, die diesen Prozeß begleitet, heißt Stadtsoziologie.

Die Damen und Herren dieser Zunft tauschen sich in ihren Forschungen aus, in Büchern und Zeitschriften, in Seminaren und auf Kongressen. Und wenn sie auch nicht in allen Punkten übereinstimmen, sind sie sich doch - sei es die Chicagoer oder die Hamburger Schule - einig in der Feststellung, daß die Sanierung eines Stadtteils mit der erzwungenen Umsiedlung von Menschen zur Aufgabe deren bisherigen Lebensweise, deren Verhaltens- und Gefühlswelten führt. Konkret haben sie folgende Veränderungen festgestellt:

- Das Leben der Menschen konzentriert sich nach ihrer Umsiedlung stärker auf die Kernfamilie, statt - wie vorher - auf ein ausgeprägtes Verwandtschaftssystem, das sich im Laufe der Zeit im alten Stadtteil herausgebildet hatte.
- Die Familienwohnung wird zum Schnittpunkt der sozialen Beziehungen und übernimmt damit die Funktionen, die im alten Stadtteil der öffentliche Raum einnahm. Hier hatte der öffentliche Raum die Bedeutung des erweiterten Zuhauses angenommenm. Die Wohnstraße z.B. wurde multifunktional genutzt; sie war zugleich Kinderspielplatz und Treffpunkt für alle Lebensalter, Bewegungsraum und Versorgungsort für die Bevölkerung, Kommunikationsraum. Diese öffentlichen sozialen Beziehungen lösen sich auf und werden in den privaten Raum hineingezogen.
- Kommunikationsmäßig verstärkt sich der Kontakt zu Bekannten, während die Kontakte zu Verwandten, die nach einer Umsiedlung über das Stadtgebiet verteilt leben, nachlassen. Das Solidarprinzip der Großfamilie wird damit unterlaufen.

Die Konsequenz ist, daß die Menschen, die vorher in einem zum Sanierungsgebiet erklärten Stadtteil gewohnt haben - und das sind in der Regel heute die Stadtteile, die seit über hundert Jahren überwiegend Arbeitern und Arbeiterinnen als Wohnquartier dienten - die Konsequenz ist also, daß diese Menschen ihre bisherige Lebensführung aufgeben müssen und auf Lebensinhalte orientiert werden, die der Mittelklasse typisch sind: Vereinzelung (Abgrenzung und Konkurrenz), Privatheit (selbstbezogenes Handeln löst solidarisches Handeln ab), gesellschaftliche Akzeptanz (Übernahme des vorherrschenden politischen und sozialen Konsens).

Daß in diesem Sinne insbesondere die Bevölkerung von St.Pauli von den Sanierungsvorhaben betroffen sein wird, zeigen entsprechende Untersuchungen auf, die Anfang der 7oer Jahre vorgenommen wurden. 6o% der in diesem Gebiet lebenden Männer gaben als Beruf eine Tätigkeit an, die sie als gelernte oder ungelernte Arbeiter kennzeichnete - die proletarischen Lebensverhältnisse dominierten also.

Eine Erkenntnis, die den Stadtplanern und -soziologen schon während der Zeit des Faschismus bekannt gewesen war - und die sie in die politische Absicht umsetzen wollten, die Gebiete des Karolinen-Viertels, des Schanzenviertels und St.-Pauli-Süd einer Flächensanierung und Bevölkerungsumsetzung zu unterziehen.

Von den Auswirkungen einer Stadtteilsanierung bleiben neben der Wohnbevölkerung auch die Kleingewerbe- und Kleinhandeltreibenden nicht unverschont. Nach den gleichen soziologischen Untersuchungsergebnissen, die für die Wohnbevölkerung erstellt wurden, schafft es der überwiegende Teil von ihnen nicht - in manchen Sanierungsgebieten bis zum 9o% - in dem sanierten Stadtgebiet erneut seinem Gewerbe oder Handel nachzugehen. Der Stadtteil ist reif für die zentralisierte Versorgung, wie sie in den Neubauvierteln am Stadtrand durch die Einkaufszentren vorgeführt wird - die Konzerne und Filialisten können ihren Konkurrenzkampf in den alten Stadtteil hineintragen.



SANIERUNGSGEBIET ST.PAULI

Zurück zum Sanierungsgebiet S. Pauli.

Parallel zu den Abriß- und Neubaumaßnahmen am Hexen- und Pinnasberg wurden weitere "Sanierungen" bzw. Verkehrsplanungen in Angriff genommen:

- St.Pauli-Fischmarkt und Hafenrandstraße (geplant: Abriß von über 15o Wohnungen, Neubau und Modernisierung von Altbauten);
- Hein-Köllisch-Platz (geplant: Abriß von 37 Wohnungen, Neubau und Modernisierung von Altbauten);
- Karolinenviertel (ursprünglich geplant: Flächensanierung, jetzt: Abriß weniger Wohnhäuser, Neubau und Modernisierung von Altbauten);
- Südlicher Schlachthof/Neuer Pferdemarkt (Neubau von Wohnungen);
- Schilleroper/Lerchenstraße/Thadenstraße (geplant: Abriß bzw. Modernisierung von 633 Wohnungen, Neubau, Gewerbehofbau);
- Gewerbegebiet Schlachthof (Sternstraße) (geplant: Abriß von 171 Wohnungen, Gewerbeneubau, Neubau und Modernisierung von Altbauten);
- Schulterblatt (geplant: Abriß von ca. 5o Wohnungen, Neubau und Modernisierung von Altbauten);
- Schanzenviertel W.E.S.T. (Bellealliancestraße/Weidenallee) (geplant: SIKS; Abriß von 395 bis 4o7 Wohnungen, Neubau und Modernisierung von Altbauten);
- Sternschanzenbahnhof;
- Altonaer Straße (geplant: Abriß von Altbauten, Neubau von Wohn- und Gewerbegebäuden),
- Nutzung des Schanzenparks.

Ein Netz von kleinflächigen und punktuellen Sanierungen überzieht den Stadtteil. Was nicht heißen soll, daß es tatsächlich nichts zu verbessern gäbe! Schließlich hatten die Grundeigentümer vor hundert Jahren Wohn- und Gewerbegebäude nicht gebaut, um sich über Generationen hinweg ein Denkmal zu setzen.

SPEKULANTENWESEN

Die für die arbeitende Bevölkerung gedachten Wohnungen waren nicht nur klein und mit minimalen Sanitäreinrichtungen ausgestattet, sie waren in der Regel auch mit billigstem Baumaterial unter sparsamster Verwendung errichtet worden - was von Anfang an den feuchten Keller mit einbezog wie auch die Dünnwandigkeit, schlechte Wärme- und Lärmisolation usw. Gegeizt wurde mit Renovierungen und Reparaturen - vom Augenblick ihrer Entstehung wurden die Häuser ihrer Abnutzung, die Mieter den Mieteintreibern überlassen.
Die Wohnraumzwangsbewirtschaftung nach dem Zweiten Weltkrieg ermunterte keinen Hausbesitzer, umfangreich in seinen Besitz zu investieren, die Flächensanierungsplanungen der 6oer Jahre lockten zudem mit Abrißgenehmigungen und dem letzten Spekulationsgewinn, wenn das Grundstück an die Stadt verkauft werden durfte.
Das wohnungsbaupolitische Umdenken Anfang der 7oer Jahre setzte neue Zeichen. Plötzlich erhielt das Wohnhauseigentum in den innerstädtischen Bereichen einen neuen Wert. Der Altbaubestand erzielte mit einem Bruchteil der Kapitalaufwenduggen das gleiche Wohnungsbauergebnis wie der Neubau (Zu der stadtökonomischen Aufwertung der Innenstadt im Sinne des Handelskapitals und der Dienstleistungs- und Bankenunternehmungen s. NEUES SCHANZENLEBEN H.7/8-1988)

"SOZIALE EROSION"

Was jetzt nur störte, war die alteingesessene Bevölkerung, die - nachdem die jungen Familien überwiegend in die Neubausiedlungen an den Stadtrand gezogen waren - sich zum großen Teil aus alten Menschen und aus Ausländern zusammensetzte. Zudem ging die Einwohnerzahl seit den 5oer Jahren beständig zurück - beides Gründe, DIE WELT Mitte der 7oer Jahre aufschreien zu lassen: "Ein Stadtteil stirbt in Raten."
Die Zeitung lag damit im Trend, wenn sie eine Neubestimmung der Stadtteilnutzung forderte, was unter den gegebenen Bedingungen aber nur heißen konnte: Sanieren, Abriß ("11.ooo abbruchreife Wohnungen" - eine Zahl, die fast ganz St.Pauli umfaßte!), den Stadtteil für junge Leute attraktiv machen, ordnungspolitisch eingreifen (in einem Stadtteil, in dem "jeder dritte Einwohner (statistisch) jährlich eine Straftat verübt und wo zehn Mal so viele Raubdelikte vorkommen wie im übrigen Stadtgebiet").
Der Senat drücke sich nicht so direkt aus. Er ließ seinen Bürgermeister Klose 1975 das Schlagwort von den "sozialen Erosionsprozessen" in den innerstädtischen Stadtteilen verbreiten. Und damit meinte er die alten Menschen, die in den Innenstadtbezirken zurückblieben, den Sprung in die Neubau-Viertel am Stadtrand nicht mitmachen wollten, die Ausländer, die den billigen Wohnraum suchten, und die Gruppen, die sich den Werten der kapitalistischen Gesellschaft verweigerten und sich in dem alten Stadtteil St.Pauli (und in St.Georg, in Ottensen, in Eimsbüttel) ihre eigenen politischen und sozialen Lebensbedingungen schaffen wollten.
Soziologische Untersuchungen Anfang der 7oer Jahre zeigten unter der Bevölkerung St.Paulis einen hohen Grad an Zufriedenheit auf, was die Lebenssituation in ihrem Stadtteil betraf. Das galt besonders für die Lebenskontakte der Bewohner untereinander, das Gefühl der Sicherheit, die Organisation des Alltags. 6o-7o% der repräsentativ Befragten konnten in dieser Hinsicht nur Positives mitteilen. Das scheint dem von der Springer-Presse und dem Rathaus geprägten Bild zu widersprechen.
Auf der anderen Seite stehen jedoch auch die Forderung nach verbesserten materiellen Wohnbedingungen: Wohnkomfort, Erholungsmöglichkeiten (Grünflächen), Verkehrsberuhigung, Emissionsschutz usw. - und hier bittet sie der Kapitalist als Hausbesitzer, der Senat als Interessensvertreter des Kapitals zur Kasse: höhere Mieten, höhere Steuern.

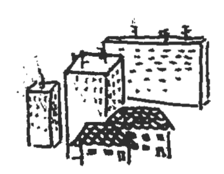
PROTESTE UND WIDERSTAND

Viele Bewohner wären bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten höhere Mieten usw. zu zahlen. Viele können nicht, viele wollen nicht. Die Reaktion auf die Sanierungsvorhaben ist in der Bevölkerung nicht einheitlich, kann im derzeitigen Zustand der Gesellschaft nicht einheitlich sein. Auch der Widerstand - und es gab viel davon in den letzten Jahren! - auch der Widerstand gegen die Verteuerung von Mieten, gegen die Vertreibung aus dem Quartier ist uneinheitlich. Er reduziert sich immer mehr auf die Interessenswahrung unmittelbar von der Sanierung Betroffener bzw. auf die Interessenssicherung sozialer Gruppen:
- die Flächensanierungspläne für das Karo-Viertel Ende der 6oer Jahre traf noch auf einhelligen Widerstand der dort Wohnenden. Er fand offene Ohren bei den Planern, die selbst schon Abstand von flächenmäßigen Abrißplanungenn genommen hatten;
- St.-Pauli-Fischmarkt - heftig umstritten, von Hausbesetzungen begleitet;
- Pinnasberg - heftig umstritten, von Hausbesetzungen begleitet;
- Adolphspassagen - von einer Bürgerinitiative gerettet;
- Jäger-Passage - heftig umstritten und von Hausbesetzungen begleitet;
- Schanzenviertel-W.E.S.T. - heftig umstritten und von Hausbesetzungen begleitet
- Hein-Köllisch-Platz - eine Bürgerinitiative wehrt sich;
- Hafenstraße - heftig umstritten und von Hausbesetzungen begleitet,
- Schanzenstraße/Schulterblatt - heftig umstritten und von Hausbesetzungen begleitet;
- Karo-Viertel heute - Bewohner wehren sich gegen eine Edelsanierung;
- Einzelprojekte, wie Nutzung des Wasserturms im Schanzenpark und der Bau eines Musical-Tempels am Schulterblatt, beides Projekte, die Auswirkungen auf die Lebensbedingungen im Stadtteil hätten, werden heftigst bekämpft bzw. verhindert.

Und doch: Wenn auch hier ein Haus vorm Abriß gerettet wird, dort ein Hinterhof besetzt wurde - die Sanierung wird weiter geplant:
- Die City soll mit ihren ca. 3,3 Mio. qm Büroflächen keine weiteren Verwaltungsgebäude von Unternehmen und Behörden aufnehmen; neue Dienstleistungsbetriebe sollen sich in den östlich (St.Georg) bzw. westlich (St.Pauli) der City gelegenen Stadtteile ansiedeln;
- St.Pauli soll wegen seiner "vorzüglichen verkehrsgünstigen Lage" weiterhin Platz bieten für Dienstleistungsbetriebe aller Art, für einen erweiterten Messegelände-Ausbau, für die Fortentwicklung des Schlachthofbetriebes und für das Unterhaltungsgewerbe;
- St.Pauli soll das city-nahe Wohnen ermöglichen - wenn der Wohnraumbestand erneuert und damit attraktiv sein wird für neue, einkommensstarke Bevölkerungsgruppen.

Der "Erosions-Prozeß" geht weiter: anders, als es vor 15 Jahren Klose gemeint hat. Der Stadtteil verändert seinen Charakter ...
Das Jahr 2oo4 ist schon heute eingeläutet, die Planungen für eine Mehrzweckhalle, sprich "St.Pauli-Dome", liegen auf dem Tisch, spätestens 1994 soll das Ding stehen: Olympia läßt grüßen!

Von der Hausbesetung zur Instandsetzung
oder: Formulare, Formulare, von der Wiege bis zur Bahre...



Seit fast einem Jahr bemühen sich die BewohnerInnen der Schanzestr. 41a um Sanierungsgelder. Vom alternativen Baubetreuer über den Architekten bis zu detaillierten Planungsunterlagen waren schon lange die Bedingungen seitens der BewohnerInnen erfüllt.
Der Senat ließ sich Zeit, fand immer neue Einwände, die Sanierungsgelder nicht zu bewilligen. Von Woche zu Woche wurden die BewohnerInnen vertröstet - bis zum ersten Schneeeinbruch. Jetzt wollen und können sie nicht mehr warten; mit den wenigen Spendengeldern wurde angefangen, das Nötigste zu reparieren um die Häuser und auch die BewohnerInnen einigermaßen über den Winter zu bringen.
An Haus 1 und 3 wurde mithilfe eines Zimmermanns von den Likedeelern ein Gerüst errichtet, wurden Dachlatten verstärkt und brüchige Ziegel ausgewechselt, um die mittlerweile großen Löcher im Dach zu schließen.
Im nächsten Jahr können die neuen Ziegel dann wieder abgedeckt werden, weil das vom Schwamm befallene Gebälk nicht mitten im Winter erneuert werden kann. Mit großem Rummel berichtete die Presse anfang Dezember über vom Senat bewilligte Gelder. Diese sollen jedoch nicht als Sanierungsgelder, also Zuschüsse, sondern als Darlehen gegeben werden. Den BewohnerInnen ist allerdings bislang noch völlig unklar, was es mit dem bewilligten Senats-Darlehen auf sich hat. Sie wissen weder, an welche Bedingungen selbiges geknüpft sein wird, noch wann mensch dann vielleicht doch einmal einen Pfennig zu Gesicht bekommt.
Der Senat mag sich Zeit lassen, die BewohnerInnen nehmen die Sache weiterhin selbst in die Hand.
Wenn die BewohnerInnen im Frühjahr die Gelder für die Winterfestmachung 1988 bekommen, kann mensch womöglich im Dezember 1989 mit den eigentlichen Sanierungsgeldern für die im Sommer '89 auszuführenden Sanierungsarbeiten rechnen. Tun wir's lieber nicht!

Radio St.Pauli - Es geht voran!

Über Radio St.Pauli haben wir in den vorherigen Ausgaben berichtet. Nun gibt es Neuigkeiten die hoffen lassen, daß es wirklich mal ein Radio geben wird, welches den Namen Bürgerradio verdient hat, d.h. ein Radio von Einzelnen oder Gruppen von Bürgern **selbst** gemacht und nicht **über** sie gemacht.



Vereinsgründung

Was machen einige Deutsche wenn sie sich treffen ? Richtig ! Sie gründen einen Verein.
So läuft auch seit einigen Wochen der Antrag des "Fördervereins Radio St. Pauli" auf Anerkennung als gemeinnütziger Verein. Dies ermöglicht den Erhalt von Spenden und Einkünfte durch zahlende Mitglieder des Vereins.
So soll später auch der Sendebetrieb (200.000 DM pro Jahr) finanziert werden, auch wenn damit das Geldproblem noch nicht endgültig geklärt ist. Die Investitionskosten sollen 80.000 DM betragen.
Das Ziel des Vereins ist auch, durch Aus- und Weiterbildung, mittels Workshops, Seminaren und Arbeitsgruppen einzelner Bürger, Gruppen oder Initiativen den Umgang mit dem Medium Hörfunk zu fördern und Hilfestellungen zu geben.

Öffentlichkeitsoffensive

Korah pfeift nur noch auf 97,1. Ein Kanal ist offenhörlich frei.
Einziger Interessent ist Springer, wobei aber die Meinung vorherrscht, er bliebe im Sinne der Ausschreibung dieser Frequenz durch die Hamburger Anstalt für Medien (HAM) chancenlos.
So hofft St. Pauli Radio spätestens bis zum Sommer, wenn genug UnterstützerInnen vorhanden sind, einen Antrag auf Sendelizenz für einen low-power Sender (St.Pauli, Schanze, Karo, Ottensen, Altona und Teile von Eimsbüttel) stellen zu können.



Gab es bisher schon Sendungen über den offenen Kanal auf der Frequenz von OK-Radio (95,0 MHz), einen Reader zu Freien Radios in der BRD, sowie einen regen Informationsaustausch mit anderen Freien Radios in der BRD und in halb Europa, um sich deren Erfahrungen und Probleme anzueignen, so geht es nun darum, Radio St. Pauli selber bekannter zu machen.
Individuell geht dies (wie schon länger), wenn mensch zu den offenen Treffen der Gruppe geht und sich informiert.
Zum zweiten gab/gibt es zwei Veranstaltungen des Radios, die sowohl den Bekanntheitsgrad steigern, als auch UnterstützerInnen und MitmacherInnen bringen sollen.
Am 11.12. fand im Haus für Alle eine Veranstaltung mit ausländischen MitbürgerInnen statt, um diese über das Radio zu informieren und sie zur Mitarbeit zu animieren. (Dies geschah nach Redaktionsschluß)
Am 23.12. findet eine Veranstaltung in der Fabrik, 20 Uhr; statt, auf der sich das Radio darstellen und gleichzeitig UnterstützerInnen gewinnen will. Zugleich werden 6 Bands und einiges mehr geboten.

Zur Programmstruktur

Momentan gibt es im Radio AG's zu Internationalismus, Finanzierung, Nachrichten/Informationen und Programmstruktur. Sind auch im Prinzip alle Punkte wichtig, so zeigt doch wohl die Programmstruktur die wichtigsten Unterschiede zu anderen Radios. Das Radio versteht sich nicht als Dienstleistungsunternehmen, sondern Mitmachen und Selbermachen ist für Mitglieder angesagt. D.h. der die Handelnde kommt selber zu Wort. Technische Hilfestellung wird dabei geleistet.
Weiteres Ziel ist das Aufbrechen von Hörgewohnheiten, was normalerweise heißt: 3 Minuten Text und dann wieder Musik.
Zwecks Hintergrunginformation und zur Erklärung von Zusammenhängen sind Wortbeiträge von ca. 15 Minuten geplant, so daß die Meldung über den Berichterstattercharakter hinauskommt. Das Radio ist das schnellste Medium, über das Infos gegeben werden können. Diese Aktualität soll (selbstverständlich) nicht dem Zeitgeist folgen, aber Infos bringen, so daß jede/r an einem aktuellen Prozeß teilnehmen kann, der Bezüge zur Vergangenheit und Perspektiven für die Zukunft hat.
Bei Inis und bestimmten Redaktionen scheint es noch nicht klar, ob festen Sendeplätzen oder Spontansendungen der Vorzug zu geben ist. Durch feste Sendeplätze wird die Sachkompetenz und die gute Vorbereitung gefördert sowie durch bewußtes Einschalten des Hörers einem "Berieselungseffekt" entgegengewirkt. Andererseits führt dies zur Arbeitsteilung und mangelnder Verantwortung für's Gesamtprojekt.
Zur Beteiligung der HörerInnen durch Live-Diskussionen soll das an's Studio angegliederte Radiocafê dienen, welches frei zugänglich ist, sowie über Telefonanrufe als Reaktion auf Sendungen.
Für Frauen soll ein Sendetag vollständig reserviert sein, welcher als Standbein dienen soll, um in alle Sendebereiche reinzufunken. Auch für AusländerInnen soll ein Tag reserviert werden, wobei es von der Beteiligung abhängt, wie das zu realisieren ist.

Resumée

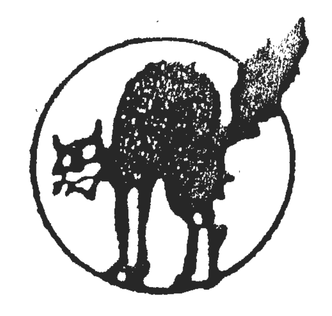
Letzlich geht es darum, ein Gegenradio zu entwickeln, ein Radio von unten, ein Radio von Menschen, die sich bisher nicht artikulieren konnten und ein Radio für unterdrückte Nachrichten.
Informationen sollen einzuordnen, verwertbar, Zusammenhänge klarmachend und Verhältnisse in Frage stellend sein. Endziel ist die HörerIn, die selbst handelt und sich nicht mehr im Sinne der herrschenden Gesellschaftsordnung nur durch Wortbeiträge und Musik im herkömmlichen Radio berieseln und manipulieren läßt. Dabei kommt auch der Musik ein neuer Charakter zu, z.B. zur Verdeutlichung von Wortbeiträgen oder als eigenständiger Part, in dem mensch der Musik wieder bewußt zuhört und nicht nur konsumiert.
Entscheidend bleibt die Unterstützung des Radios durch die BürgerInnen, von denen und für die das Radio gemacht wird. Dies gilt sowohl für den inhaltlichen als auch für den finanziellen Bereich.

Für die Durchsetzung **unserer** Medien!

Die Radiogruppe trifft sich freitags um 18.30 Uhr im Werkzeugpool, Thadenstr. 94

Stoff für die Bewegung

Schulungszentrum der Erwerbslosen- & Jobberinitiativen in Hamburg

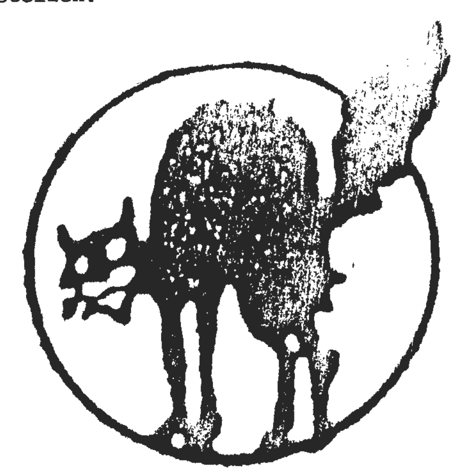


Ous unserer Arbeit in den Jobber- und Erwerbsloseninitiativen entstand für uns die Notwendigkeit, ein Zentrum zu schaffen, in dem wir die von uns und anderen gemachten Erfahrungen, unsere Fähigkeiten und unser Wissen weitergeben können. Aus unserer Erfahrung wissen wir, daß es bei vielen Menschen aus den Ini, gerade auch bei Menschen, die neu dazugekommen sind, große Unterschiede im Wissen über die Hintergründe und Zusammenhänge der eigenen und gemeinsamenm sozialen und politischen Situation in dieser Gesellschaft gibt. Darüberhinaus gibt es auch Unterschiede im Umgang mit Behörden sowie im Wissen über bestehende Rechtsansprüche gegenüber Behörden und Arbeitgebern. Diese Unterschiede zu verringern und uns darüber auseinanderzusetzen, hat sich das **Schulungszentrum** zum Ziel gesetzt. Es gilt, wieder wegzukommen von den rein praktisch orientierten Alltagsfragen hin zu einer umfassenden strategisch-politischen Gesamtdiskussion hier und heute. Dabei kommt es darauf an, über den Tellerrand der eigenen Ini zu sehen und auch Diskussionen und Erfahrungen anderer Inis, Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen in die zu führende Diskussion mit einzubeziehen und zu nutzen.

Sinn des Zentrums soll es sein, einen Ort zu schaffen, der dazu dient, sich des eigegen politischen Standortes zu vergeweissern, zu sehen, was sind die Bezugspunkte unserer Politik, in welcher Tradition stehen wir und in welchem aktuellen Kräftefeld bewegen wir uns. Wir wollen, daß diese Diskussion Niederschlag in unserer Praxis finden und so ihrer Weiterentwicklung dienen. Das Schulungskonzept erfüllt darüberhinaus hur seinen Zweck, wenn es gelingt, Menschen für uns und unsere Ideen zu gewinnen. Ausgehend von ihren Alltagskämpfen und Alltagsbedürfnissen zu einem gemeinsamen Widerstand zu kommen.
Dazu sollen im Schulungszentrum gleichberechtigt mehrere Schulungsstränge verfolgt werden:

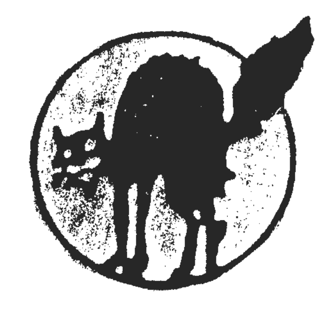
- einen Schwerpunkt sollen unserer Meinung nach Schulung, Arbeitsgruppen oder Veranstaltungen bilden, die dazu dienen, daß die Betroffenen sich besser im Alltag wehren können und die Organisation der Betroffenen vorantreibt und unterstützt. Dazu gehören in erster Linie Rechtsschulungen: BSHG, Arbeitsrecht, Sozialrecht, Renten usw.; aber auch Themen aus dem Alltag der Menschen wie "neue Armut", Arbeitsmarkt Hamburg, Geschichte und Formen des Sozialversicherungssystems usw.
- Ein anderer Schulungsstrang soll darin bestehen, die Geschichte des Widerstands von den Betroffenen her aufzuarbeiten, zu einer Geschichtsaufarbeitung der Unterdrückten, Verelendeten und ArbeiterInnen zu kommen. Die Geschichte nicht durch eine dogmatische Brille des Marxismus/Leninismus, genausowenig wie die autoritätshörige bürgerliche Geschichtsschreibung zu sehen, sondern als einen Bestandteil unserer eigenen politischen und sozialen Identität (Bauernkriege, Brotunruhen in England und Deutschland,

  Soldaten- und Bauernaufstände des 17. und 18. Jahrhunderts, Vormärz 1848, Pariser Kommune, Russische Revolution usw.)
- Ein weiterer Schwerpunkt soll der Fraueunterdrückung bzw. der Frauenbefreiung gewidmet sein, da für uns die Frage nach patriarchalischen Herrschaftsverhältnissen zentral für die Entwicklung einer sozialrevolutionären Strategie ist. Ziel von Schulungen und Arbeitsgruppen soll es sein, den Anspruch, daß Befreiung ohne Befreiung der Frauen nicht denkbar ist, auch in der praktischen Politik einzulösen.
  Wir können uns SChulungen zur Geschichte der Frauenarbeit, Frauenkämpfen und weiblichen Widerstandsformen zur aktuellen Situation von Frauen hier (z.B. Familienpolitik, Arbeitsmarktsituation, § 218) und in der drei Kontinenten, zum Verhältnis von Frauen und Arbeiterbewegung, feministische Theorie etc. vorstellen.



- Als ein weiterer Schulungsstrang steht für uns eine Auseinandersetzung mit den sozialen und politischen Bewegungen der letzten 20 Jahre an. Das geht für uns nur darüber, das wir uns die politisch-ideologisch-organisatorischen Grundlagen des Marxismus, Leninismus, Maoismus, Anarchismus, Operaismus usw. wieder erarbeiten und mit diesen Grundlagen eine Kritik an bestehenden Gruppen, Organisationen und an uns selbst üben zu können. Es geht darum, wegzukommen von einer rein oberflächlichen Kritik hin zu einer umfassenden inhaltlichen Auseinandersetzung über Begriffe wie "Klasse", "Internationalismus", "Organisation" und daraus resultierenden Einschätzungen zum Widerstand in all seinen Formen zu kommen.
- In einem anderen Schwerpunkt "Internationalismus" geht es für uns um zwei Bereiche:
  Zum einen praktische Solidarität mit hier lebenden AusländerInnen, d.h. gemeinsame Veranstaltungen und Schulungen zum Thema Asylrecht, Sozialrecht und der Situation der hier lebenden AusländerInnen oder Diskussion über alltäglichen Rassismus über die Möglichkeit, gemeinsame Aktionen zu planen und durchzuführen, z.B. gegen Faschos. Es beinhaltet aber genauso Veranstaltungen von AusländerInnen aus den einzelnen Ländern über ihren Widerstand und Kampf dort, ebenso wie gemeinsame politische Diskussionen zu aktuellen Themen. Als zweiten Teil Schulung und Veranstaltungen über die internationale Strategie des Kapitals, Lage und Bewegung der Eigentumslosen Afrikas, Lateinamerikas und Asiens und ihrer Kämpfe. Dabei wird die Auseinandersetzung vorallem darüber gehen, welche Rolle die Frauen als Ziele dieser Strategie und als Trägerinnen dieses Widerstandes einnehmen.

Als gleichermaßen wichtig betrachten wir aber auch das weitergeben von Wissen und Fähigkeiten. Darunter stellen wir uns vor, daß verschiedene Sprachkurse laufen (z.B. Griechisch, Türkisch, Italienisch) oder aber eine Fotogruppe (Dunkelkammer ist im Zentrum vorhanden) oder aber die Weitergabe von praktischen Tips (z.B. wie repariere ich mein Fahrrad oder Computerkurs usw.) Darüberhinaus steht das Schulungszentrum offen für Veranstaltungen zu aktuellen Themen, genauso für Film- und Kulturveranstaltungen.
Wir sehen unsere Aufgabe **nicht** darin, die von uns gemachten Vorschläge selbst zu realisieren, sondern diese gemeinsam mit anderen interessierten zu koordinieren und organisieren.
Eine wichtige Rolle nimmt die Bücherei des Schulungszentrums ein. Sie dient der Unterstützung der Schulungen mit Material, will aber darüberhinaus durch das Zugänglichmachen von schwerzugänglichen Büchern und Broschüren zu einer Auseinandersetzung mit den einzelnen Themen beitragen. Geplant ist darüberhinaus die regelmäßige Herausgabe eines Schulungszentrumsinfos. Alle Angebote des Schulungszentrums werden mit wenigen Ausnahmen (z.B. Material für das Fotolabor) kostenlos sein. Um ein unabhängiges Zentrum zu gewährleisten, ist das Zentrum dennoch darauf angewiesen, das alle TeilnehmerInnen an Schulungen und Veranstaltungen das Zentrum durch eine SPende unterstützen, da es allein aus Eigenmitteln auf Dauer nicht finanzierbar ist.



Wer uns finanziell unterstützen will, kann dies tun. Unser Spendenkonto:
PGAmt Hamburg
Kto-Nr: 474 609-206
Sabine Niemeck,
Stichwort: Schulungszentrum

Alle Räume befinden sich in der Thadenstr. 130a im Hinterhof, die Koordinierungsgruppe trifft sich montags 18 - 20 Uhr. Interessierte Menschen sind herzlich eingeladen.

Koordinierungsgruppe des Schulungszentrums





'Der Schlachter-Laden'

Fleisch aus kontrol. biolog. Aufzucht
Wurstwaren o. Nitrit- u. Phosphatzusatz

Jullusstraße 2a - 2000 Hamburg 50
Tel. 040 / 439 94 04

Öffnungszeiten: Mittagspause von 12–15 Uhr
Di-Fr: 9-18 Uhr - Sa: 9-13 Uhr - Montag Ruhetag

Hamburger SATZ und Verlags-Kooperative

Wir machen alles
zwischen Manuskript und Druckvorlage
außerdem
Belichtung von Computertexten

Lindenallee 4
2000 Hamburg 20
Tel.: 43 53 46 / 43 53 20



TEE GEWÜRZE KRÄUTER



VASCO DA GAMA
SCHULTERBLATT 98
10-18 UHR · TEL. 430054

Für die lauschigen Abende Daheim

Kerzen von VASCO

Farbig - Bunt
Stück 0,60 dm
30er PACK 14,90 dm

Fuhrbetrieb in Selbstverwaltung

Wir packen's

Umzüge:
Nah – Fern – Übersee
Beiladungen:
nation. Linienverkehr
monatlich:
Italien – Spanien – Frankreich
Einlagerungen, Montage, Behördenabrechnung
Kartonverkauf



Fachspedition · Naturwaren · Umzüge



Das foto

Schulterblatt 84 Tel. 4393795

Poster 20x30
v.Neg. 2.95 dm
v. dia 3.95 dm
jeweils in Hochglanz

ORWO s/w Film
22 DIN/36er 3.95
10 Stück 35,- dm








Buchhandlung YOL

Schanzenstraße 5 Tel. 43 54 74

Wir haben Bücher und Informationen über die Türkei, Emigranten in der BRD, Literatur von türkischen Autorinnen und Autoren.

AYRICA TURKÇE KITAPLAR

YOL KİTABEVİ



